

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau Magdeburg. — Druck und Verlag von E. W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Adressen 1567 für die Redaktion 1704, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsnummer 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.00 Mk., monatlich 0.30 Mk. Bei den Postämtern Vierteljährlich 1.00 Mk., monatlich 0.30 Mk. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gesonderte Preisliste 1.00 Mk. im Voraus, die 2.50 Mk. bei Vorzahlung. Die Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachnummer 17, 1228 Berlin.

Nr. 158.

Magdeburg, Freitag den 9. Juli 1920.

31. Jahrgang.

Die ersten Fehler in Spa.

Wohl es natürlich an sich sehr wünschenswert wäre, daß innere Meinungsverschiedenheiten über die Verhandlungsgegenstände von Spa bis zum Abschluß der Konferenz juristisch gestellt werden könnten, ist es doch leider notwendig, offen auszusprechen, daß man in Deutschland, von dem ganz rechts stehenden Kreisen abgesehen, über das erste Auftreten unserer Delegierten nicht sehr glücklich ist.

Man braucht keinen Vorwurf darüber zu erheben, daß Herr Fehrenbach seine Reichswehrlente nicht gleich mitgebracht hatte, die Schuld an diesem Veräumnis liegt zum mindesten ebensosehr auf der andern Seite als auf der seinen. Hätten die Alliierten vor dem Zusammentritt der Konferenz ihre Tagesordnung mitgeteilt, so hätte die deutsche Regierung ihre entsprechenden sachlichen und persönlichen Vorbereitungen treffen können. Tatsächlich handelt es sich hier um ein Mißverständnis, aus dem wir einiges lernen können: Denn die Alliierten waren geradezu darauf erpicht, sich mit unsern Reichswehrlenten auseinanderzusetzen zu können, dies schien ihnen das wichtigste von allen, und ihr Wunsch war offenbar gefühlsmäßig stark betont.

Die Fehler begannen am zweiten Tag, als Herr Geßler in pausbäckiger bürgerlicher Unschuld und Herr v. Seekt in Uniform, mit Orden und Monofel geschmückt, antamen. Diese Herren schätzten die Situation, in der sie sich befanden, offenbar falsch ein. Sie hätten sich selber sagen müssen, daß sie mit Prinzipienklärungen, in denen sie unter greulicher Ausmalung der kommunistischen Gefahr die 200 000 Mann als unerlässlich hinstellten, auf die Alliierten gar keinen Eindruck machen würden. Auch in Frankreich und in England hat man mit inneren Unruhen keine eignen Erfahrungen gemacht und weiß, daß eine gute Polizei als Gegenmittel weit brauchbarer ist als das schönste, von einem Generalstabler kommandierte Militär. Die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung ist doch überall in der ganzen Welt in erster Linie eine Polizeifrage, und erst wenn es ganz schlimm wird, kommt das Militär als Reserve mit in Betracht.

Darum war es ganz verfehlt, die Frage der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung so zu behandeln, als sei sie ausschließlich eine Frage der Reichswehr. Erst am Mittwoch, nach dem verunglückten Dienstag, hat man sich dazu entschlossen, einen so überzeugten Zivilisten wie den preussischen Minister des Innern,

den Genossen Severing, zu Hilfe zu rufen.

Offentlich gelingt es jetzt noch, mit seiner Unterstützung die verfahrenre Angelegenheit auf das Gleis praktischer Vernunft zu bringen.

Die Fragen von Spa werden hinsichtlich der Entwaffnung dann nur so gestellt werden können: Wieviel Ordnung- oder Sicherheitspolizei, die an dem Ort gebunden ist, braucht Deutschland, um die innere Ordnung aufrecht erhalten zu können, und wie groß muß die durch das ganze Reich hin verschleppbare Reservetruppe, die Reichswehr sein, um die nötigen Verstärkungen gewähren zu können? Wieviel Waffen und Munition sind für diese Formationen notwendig? Wieviel Zeit brauchen die deutschen Zentralbehörden, um die notwendige Reorganisation so vornehmen zu können, daß soziale Härten vermieden werden, und nicht durch überstürztes Vorgehen die Gefahr neuer Unruhen entsteht?

Werden die Fragen in Spa so gestellt, dann ist es wahrscheinlich, daß eine vernünftige, alle Teile befriedigende Antwort auf sie gefunden wird. Würden die Alliierten trotzdem aus unverständlicher Angst oder aus Bosheit Deutschland das auf diesem Gebiet Notwendige verweigern, so würde sich die öffentliche Meinung in der ganzen Welt, auch in ihren eignen Ländern gegen sie auflehnen. Die herrschenden bürgerlichen Parteien in Frankreich und England haben doch wirklich nicht den Wunsch, zu erleben, daß Deutschland bolschewistisch wird, und sie würden eine Haltung ihrer Staatsmänner, die auf dieses Ergebnis hinstrebt, sicherlich nicht verstehen.

Man kann also nicht sagen, daß Deutschlands Lage, soweit es sich darum handelt, die wirklich notwendigen Kräfte zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zusammenzuhalten, besonders ungünstig ist. Sie wird es erst, wenn die ganze Angelegenheit falsch aufgefasst und der Anschein erweckt wird, als handle es sich hier

um eine Frage des militärischen Prestiges, des militärischen Ehrgeizes oder — noch schlimmer — als werde der Versuch gemacht, den wirklichen Tatbestand zu

verschleiern und sich um übernommene Verpflichtungen herumzudrücken. Der Militarismus steht nun einmal, und nicht ohne eigene Schuld, in dem Aufse, daß Schwindeln zu seinem Handwerk gehört, und darum fordert schon die faktische Geschäftlichkeit, daß alles vermieden wird, was irgendein Mißtrauen in dieser Beziehung auf der andern Seite berechtigt.

Aus den Berichten erhält man den Eindruck, als ob Herr Simons die Lage klarer überblickte als der militarisch hypnotisierte Herr Geßler, und damit hätten wir schon wieder den alten Gegensatz zwischen Diplomatie und Militär, der während des ganzen Krieges eine so unheilvolle Rolle gespielt hat. Wir sind aber nicht Republik geworden, um militarisch gebildeten Köpfen den maßgebenden Einfluß über unser Schicksal zu belassen, sondern mit in erster Reihe darum, weil wir

der Zivilvernunft,

die von der Demokratie verkörpert wird, den Sieg verschaffen wollten.

Würden die deutschen Vertreter unter den geschilderten Umständen die Verhandlungen an der Militärfrage scheitern lassen, so dürften sie sich bei ihrer Wiederkehr nach Deutschland auf keinen besonders freundlichen Empfang gefaßt machen. —

Die Verhandlungen.

Die dritte Sitzung der Konferenz fand am Mittwoch nachmittag um 1/4 Uhr statt. Reichsminister Dr. Simons schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Ablieferung des Heeresmaterials und gleichzeitige Herabsetzung der Truppenstärke verbunden seien, da wir, um das Material zu erlangen, im Notfall Truppen einsetzen müßten und auf eine ausreichende Sicherung unserer Produktion nur verzichten könnten, wenn die wirtschaftlichen Vereinbarungen in Spa uns industriell und finanziell über die schwere Krise dieses Sommers hinweghülften. Trotzdem wollten wir, dem Wunsche Lloyd Georges entsprechend, bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresverminderung geben; wir hegten aber die Erwartung, daß die Alliierten bei den weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage bewiesen, daß sie uns bei Unterdrückung des Waffenschmuggels aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet beiständen und daß sie insbesondere auf dem Vormarsch der Garisunnen aus der sogenannten neutralen Zone nicht beständen, da andernfalls dort Heuböden, zum mindesten aber schwere Beunruhigung und Flucht der leitenden Industriekreise unermesslich seien. Darauf legte General von Seekt ausführlich den Plan wegen Ablieferung des restierenden Heeresmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für die erstere gab er ein Jahr, für die letztere fünfviertel Jahr als Termin an. Er ging besonders auf die große Zahl der in Deutschland noch befindlichen Gewehre ein, von denen rechnungsmäßig noch beinahe drei Millionen abgeliefert seien und fast zwei Millionen keiner nachweisbaren Verbleib hätten.

Die Verminderung der Reichswehr könne daher nur sehr allmählich erfolgen. Sie solle bis zum 1. 10. 20 auf 190 000 Mann, bis 1. 1. 21 auf 180 000 Mann, bis 1. 4. 21 auf 160 000 Mann, bis 1. 7. 21 auf 130 000, schließlich bis 1. 10. 21 auf 100 000 Mann durchgeführt werden. Entsprechend würden die Infanterie-Brigadestärke reguliert und gewisse Hilfsgruppen beschleunigt aufgelöst werden. Für eine besondere Vorsehung der militärischen Sachverständigen meldete er noch eine Reihe von Wünschen zur leichteren Verwaltung des Truppendienstes an, die weder zahlenmäßig noch grundsätzlich dem Friedensvertrag widersprächen.

Lloyd George kritisierte diese Vorschläge in längerer Rede. Die eignen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die tiefe Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen Zustand des militärischen Deutschlands sei, da jetzt über die im Friedensvertrag zugelassene Zahl hinaus noch 8 Millionen Bewaffnete sich im Lande befänden. Das bedeute eine beständige Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Angriffen. Er begriffe nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur 5 Wochen, geschweige denn fünfviertel Jahr bei sich zu dulden. Sie solle jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Fristen ginge weit über das notwendige Maß hinaus. Im übrigen schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abzuwehenden Ziffern betreffend das Heeresmaterial sowie über die Durchführung der Klauseln wegen der Marine- und Luftflotte sofort verständigen sollten, und daß die Leiter der alliierten Delegationen mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen um 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach einigen Schlussworten des Ministers Simons, der für die Beratung der alliierten Dislokationsarten für die Heereskräfte von 200 000 Mann und von 100 000 Mann übergeben wurde die Sitzung um 6 Uhr 45 Minuten geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag mittag anberaumt.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutscherseits angenommenen Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffern des Heeresmaterials Einverständnis erzielt.

Die preussischen Finanzen.

Von jeher war das Budget des Reiches und der Bundesstaaten, ja auch der Gemeinden, dem gewöhnlichen Menschen eine Geheimwissenschaft, ein Buch mit sieben Siegeln. „Rechnungsjahr“, „Soll“ und „Istbetrag“, „Widerüberschuß“, „Sonderhaushaltplan“ — und viele Begriffe ähnlicher Art schwirrten da durcheinander. Verständlich blieben zuletzt immer nur die Worte „Defizit“ und „neue Steuern“. Sie wurden dann noch dadurch besonders harigreichlich klargemacht, daß einem etliche große Zahlen an den Kopf geworfen wurden. Dabei blieb dann allgemein nur ein Gefühl übrig: Daß das Reich schon wieder mehr Geld brauchte und bekam, und daß es demnach seine Schulden vergrößere. Weniger beachtet und noch schlechter verstanden wurden die Geis der einzelnen Bundesstaaten. Der preussische Haushaltsplan

allein war dabei umfangreicher als der des Deutschen Reiches. Dieser balancierte mit rund 4 Milliarden in Einnahme und Ausgabe, jener glied sich mit 4,8 Milliarden aus.

Das alte Deutsche Reich war nichts weiter als ein Bund von selbständigen Staaten, die im besondern ihre Finanzhoheit eifrig hüteten. Dem Kaiserturn erkannte man nur ganz engbegrenzte Steuergebiete zu: Zölle, Verbrauchsabgaben, Post- und Telegraphengebühren. Auch hier gab es noch Reservatrechte. Die Bundesstaaten empfanden das Reich bald als „lästigen Stoffgänger“, denn sie mußten ihm Zuschüsse (Kontingentalbeiträge) gewähren. Die Reichseinnahmen blieben bis 1914 nur ein weniglich willkürliches Gemisch von Verbrauchsabgaben, Gebühren und Steuern. Dafür waren die Militär- und Marineklassen eine Reichsangelegenheit. Die Quellen der direkten Steuern, die Eisenbahneinnahmen, Verberwaltung, Forst- und Domänenwirtschaft, alles war bundesstaatliche und im besondern preussische Angelegenheit. Heute sind die großen direkten Steuern und die Eisenbahnen auf das Reich übergegangen. Preußen bekommt seine hauptsächlichsten Geldbedürfnisse von ihm gedeckt. Das sind

grundlegende Umwälzungen,

die einen Vergleich zwischen jetzt und früher nicht mehr möglich machen, ganz abgesehen davon, daß wir zurzeit mit ganz andern Zahlen zu rechnen gezwungen sind. Auch die Aufgaben des Staates sind fortgesetzt gewachsen, die Bindung des einzelnen an die Gemeinschaft ist viel ausgeprägter als je. Zwischen dem preussischen Dreiklassenwahlrecht und der staatlichen Arbeitslosenversicherung ist ein weiter Weg zurückgelegt worden!

Prüft man den neuen preussischen Etat, so muß dies alles und noch einiges andre dabei berücksichtigt bleiben. Die Zahlen des preussischen Etats sind nur in diesem Zusammenhang zu verstehen. Der Weg zu ihnen führt über zwei Abschnitte, der erste beginnt mit dem 2. August 1914, der zweite mit dem 10. November 1918. Zuerst hat des ersten entstanden fortgesetzt Fehlbeträge im preussischen Staatshaushalt. Im Jahre 1914 waren es 116 Millionen Mark, 1915 dagegen: 196, 1916: 105 und 1917: 109 Millionen; 1918 springt er auf 2334 Millionen Mark. Diese Kriegsfehlbeträge würden vorläufig aus bereiten Geldebeständen der Staatsfinanzverwaltung gedeckt, die nach Bedarf aus dem Schatzanweisungskredit von 15 Milliarden verstärkt worden ist, die endgültig erst durch Anleihen „gedeckt“, als Staatsschulden zur Ruhe kommen.

Mit dem Abschluß des Krieges begann die deutsche Papiermark in die Fremde zu wandern, in Belgien und Nordfrankreich zirkulierten schon mehrere Milliarden, 65 Millionen Menschen hungerten, mußten vom Ausland mit Nahrungsmitteln versorgt werden, das Ausland war ausgebeutet, ausgebraut, nicht ein Rest Rohstoff war noch vorhanden, alles Garte, die politischen Ereignisse jagten sich in Deutschland. Für den preussischen Staat sanken die Einnahmen auf ihren Tiefpunkt, wenn sich auch schon die ersten Mehrenträge merkbar machten. Die Ausgaben stiegen wild und unaufhaltbar. So schloß das Rechnungsjahr 1918 mit

2,3 Milliarden Fehlbetrag.

Die Reinerträge der Staatsverwaltungen, wie sie in den Aufgaben des Etats vorgesehen waren, verschwanden im Wirbel des Zusammenbruchs. Dafür stiegen um so mehr die Teuerungszulagen, Beschaffungsbeiträge und andre Notstands Ausgaben im wahren Sinne des Wortes. Statt 370 Millionen, wie im Etat bei seiner Beratung eingestellt, wurden allein 1,5 Milliarden Mark für Teuerungszulagen notwendig.

Die vorläufigen Jahresergebnisse für 1919,

so weit bisher Schätzungen durch die einzelnen Verwaltungen möglich waren, zeigen das uns beinahe schon verbrauchte Bild der erschreckenden Riesenziffern. Sehen wir uns zuerst die Entwicklung der Eisenbahnzinsen an. Um wenigstens teilweise einen Ausgleich gegenüber den immer höher sprin-

den Ausgabenstufen zu schaffen. Wurden die Zölle Oktober 1919 um 50 Prozent, am 1. März 1920 um weitere 100 Prozent erhöht. Demnach ergibt sich für 1919 bei der preussischen Eisenbahnverwaltung ein Rechnungsergebnis von 3,9 Milliarden Mark. Dazu gehören genau genommen außerdem noch 2 Milliarden Mark Beschaffungsbeträge für Beamte, die auf Anleihe verpfändet worden sind, so daß insgesamt der Nettobetrag die Höhe von 4,7 Milliarden Mark erreicht.

Die Bergverwaltungen rechnen mit kleineren Summen, dennoch ist das Bild wesentlich anders. Im übrigen Staatshaushalt schaut es ähnlich aus. Etwas besser steht es nur bei den Einnahmen an direkten Steuern, bei den Zöllen und indirekten Steuern, im besonderen bei den Zöllen und auch bei der Erbschaftsteuer, hier sind die Einnahmen erheblich gestiegen. Die wenig heute ein in voraus für ein Jahr aufgestellter Etat mit den Notwendigkeiten der rasch sich ändernden Wirtschaft mitsamt, zeigen die Leistungszulagen für die Beamten und Lehrer usw., die im Etat für 1919 mit 1100 Millionen eingestellt waren, aber in der Wirklichkeit dann 2004 Millionen Mark betragen.

Die im Haushaltsplan auftretenden Fehlbeträge müssen wieder durch Begebung von unverzinslichen kurzfristigen Schaftanweisungen doppelt einmal für den Augenblick gedeckt werden. Aus derselben „Geldquelle“ waren aber noch andere Geldbedürfnisse von großem Umfang zu befriedigen, die in der allgemeinen Staatsrechnung keinen Platz und keine Deckung gefunden hatten, sondern als Voranschläge verbraucht sind. So mußte notgedrungen die schwebende Schuld Preussens von 1918 zu 1919 von 6,1 Milliarden auf 14,6 Milliarden steigen.

Der preussische Staatshaushaltsplan für 1920 ist eigentlich der erste im neuen Preußen, er zeigt die bisher eingetretene grundlegende Verschiebung der Finanzhoheit zwischen Reich und Preußen. Es fehlen in ihm der Eisenbahnetat und die bisherigen Haushalte der direkten Steuern und der Zölle und indirekten Steuern. Hinzugekommen ist der

Haushalt des Ministeriums für Volkswirtschaft. er ist neu geschaffen. Vergleiche aus früheren Jahren lassen sich beim preussischen Budget nicht mehr anstellen, schon deswegen nicht, weil Preußen die Hauptlast der Ausgaben des Reichs betragts zu tragen hat. Es hat so verschiedene Einnahme- und Ausgabegebiete verloren. Die auf die Abtretungsflächen entfallenden Staatsverwaltungsausgaben betragen 74 Millionen, 57 davon sind schon getrieben. Unter diesen im wesentlichen geschlossenen Gesamtausgaben stehen auch die Bezüge für rund 7000 planmäßige Stellen, bisher konnten erst 2835 als endgültig erledigt betrachtet werden, die übrigen bleiben noch zu besetzen. Auf der andern Seite mußten im allen Staatsgebiet neue planmäßige Stellen geschaffen werden, es sind 4451, allein die Hälfte entfällt auf die Justizverwaltung. Die Aufgaben des Staates werden sich auch in Zukunft eher noch vermehren als mindern. Damit wächst automatisch der Bedarf an Beamten.

Bei der Veranschlagung für 1920 rechnet der Haushaltsplan bei einzelnen staatlichen Betriebsverwaltungen mit erheblich steigenden Mehreinnahmen, so insbesondere die Forstverwaltung. Bei den Bergwerken zeigt sich die entgegengesetzte Tendenz. Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird jetzt von dem Anteil der Reichssteuern getragen, der nach Preußen abfließt. Es ist der größte Einnahmeposten. Noch größer ist allein der künftige Gesamtbedarf der Besoldungsreform für die Beamten — hier ohne Eisenbahnverwaltung — und Lehrer. Sie wird 3760 Millionen Mark ausmachen.

So erwachsen dem Staat immer neue Milliardenpflichten, denen, unter Aufbietung äußerster staatlicher Kräfteanstrengung neue Einnahmen, vermehrte Einkünfte gegenübergestellt werden müssen. Es geht im Augenblick nur durch neue Schatzanleiheausgaben. Diese werden beantragt.

Bei zunehmenden Ausgaben wächst das Kreditbedürfnis, im Preußen ist's das selbe Bild wie im Reich.

Der Staat arbeitet in einem sehr engen Kreislauf. Das deutlichste und erschreckendste Argument für die Wichtigkeit dieser Auffassung ist der einzige Ausweg, den man bisher aus diesem Elend gefunden hat, um auch nur existieren zu können: Die Notkreditlinie. Mit der üblichen Niedrigzinspolitik und Gedrücktheit bei diesen Niedrigzinsen, dem Kammer über die schlechten Zeiten ist's nicht getan. Der Staat, die Allgemeinheit, muß planmäßig aus dem Elend herausgeführt werden. Nicht nur der Mensch, auch die gesellschaftliche Gesamtheit kann viel ertragen und leisten, wenn sie den einheitlichen Willen dazu hat. Frankreich war unter den letzten Ludwig in grenzenloses Finanzelend hineingewirtschaftet, die Revolution, die Affären, Napoleons und seine Eroberung Europas, die damit zusammenhängende ungeheuerliche Entwicklung und fortgesetzte Umbildung der Staatsaufgaben und -ausgaben liegt zusammengebrannt in einem Zeitraum von fünfundsiebzig Jahren! Erst in ihrer Verbindung mit Vergangenheit und Zukunft begreift man ganz die Bedeutung der Zahlen, wie sie die Etatsrede des preussischen Finanzministers mitteilt.

Die Preissenkung.

Das Sinken der Preise ist eine internationale Erscheinung. In Japan hing es vor drei Monaten an, und zwar durch die Preissenkung der Seide, das hauptsächlichste Industrieerzeugnis des Landes. Eine Folge davon war eine Industriekrise. Im Distrikt von Kiata stellten im Monat Mai 357 Fabriken den Betrieb ein.

Von Japan griff die Preissenkung auf die Vereinigten Staaten über, die mit Japan wirtschaftlich eng verbunden sind, und große Warenvorräte haben. Nach den Indizes sanken diese von 2013 am 1. Mai auf 1987 am 1. Juni. Der Eisenbahnerstreik in den Vereinigten Staaten scheint merkwürdigerweise die Preissenkung beschleunigt zu haben. Die Waren konnten nicht rechtzeitig geliefert werden, wodurch die Großhändler eine Verlängerung der Bankkredite verlangen mußten, die ihnen nur spärlich gewährt wurden. Dadurch waren die Großhändler gezwungen, ihre Ware schnell loszuschlagen, selbst mit Verlusten. Doch dies war nicht der einzige Umstand, sondern nur der Tropfen, der die überfüllten Lager loszusagen zum Überfließen brachte.

Die Hebung, eine Folge des Warenmangels und der Voraussicht, daß die Zentralmächte gezwungen sein würden, große Anläufe an Lebensmitteln, wie an Mehlstoffen zu machen, hatte auf der einen Seite einen Sturz der deutschen wie überhaupt der europäischen Wechselkurse herbeigeführt, was zu einer weiteren Hebung der für die europäischen Kunden Nordamerikas führte. Die Warenbesitzer hielten immer mehr mit ihrer Ware zurück, in der Aussicht auf höhere Gewinne, und dies ging solange fort, bis das Eintrif, was man den Käuferstreik nannte, was aber in Wirklichkeit das Unvermögen der Verbraucher war, die phantastischen Preise zu zahlen.

Und nun trat die umgekehrte Folge ein. Es gab Tage im Monat Mai, wo man zeitweise an den Börsen von New York und Zürich keine deutschen Noten mehr aufreiben konnte, so stark war die Nachfrage. Die Warenbesitzer suchten möglichst schnell die Waren loszuschlagen. An der Londoner Börse sind Baumwolle, Seide, Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Silber Kaufschut ganz erheblich im Preise gesunken.

Diese Erscheinungen sind das Auf und Ab der kapitalistischen Spekulation. Und während Millionen in Lumpen gehen, schließen die Seidensabriken Japans, die Schuhfabriken von Viena, arbeiten die Textilfabriken von England und Deutschland mit beschränkter Arbeitszeit.

Auf der andern Seite predigt die, daß nur eine intensive Produktion uns retten könne, auf der andern Seite schreit man jetzt von Überproduktion. In Wirklichkeit handelt es sich um die Folgen der wilden Spekulation des vielgerühmten freien Handels, der die durch den Krieg verursachte Verminderung der Produkte und Produzenten zum Sprungbrett papierner Gewinne machte.

Nach den Ernteanmeldungen aus Australien, aus Süd- und Nordamerika, aus Indien wie aus Europa scheint die Senkung, welche noch lange nicht verhebt zu sein — und mit ihr die Produktionsstörung. Wer es noch nicht begriffen hat, dem wird es jetzt klar: gegen die Anarchie in der Produktion und der Spekulation gibt es nur ein Mittel: die Organisation durch die Gemeinwirtschaft, d. h. den Sozialismus. J.-S.-J.

Polnische Abstimmungsorgen.

Die Gefahr von Osten hat die bisher so festgesicherten Polen um die Abstimmung befragt gemacht. Alle Kleinlichen Schilane gegen die Abstimmungsbedingungen und alle Mächtschaften zur Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses, über die sich die Meinungen häufen, können sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erfolge ihrer Propaganda gefährdet sind und daß die Stimmung in den ostpreussischen Randländern für den Verbleib der Gebiete beim Mutterland ist. So wird aus Warschau vom 6. Juli gemeldet:

In der heutigen Sitzung des Sejm brachte der Abgeordnete Gbhl einen Dringlichkeitsantrag ein, der verfassunggebende Sejm möge an die Parlamente der verbündeten Mächte einen Antrag ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuschieben. Der Antrag wurde mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen.

Ferner wurde ein Antrag des Inhalts angenommen, daß die Männer desjenigen Gebiete, welche nach dem Ergebnis der Volksabstimmung der polnischen Republik zufallen, ohne Rücksicht auf die Nationalität von der Militärdienstpflicht für acht Jahre frei sein sollen.

Das Vorbringen der Russen und das dadurch notwendig geordnete Massenaufgebot polnischer Truppen hat natürlich manchen Bankrottbestimmten bestimmt, nun doch lieber da zu bleiben, wo die Regeln nicht mehr so nahe sind. Wenn Polen im Bewußtsein seiner Verantwortung die Rolle des Brellbocks gegen Rußland übernommen hat, so mag es sie auch allein oder mit Hilfe seiner Freunde weiter spielen. Dann aber kann es keinerlei Gewähr dafür übernehmen, daß es die durch Volksentscheid gewonnenen Wehrpflichtigen nicht einmal doch zum Kampf aufbieten muß.

Rücktritt der Horthy-Regierung.

Der Reichsverweser Horthy hat das Entlassungsgesuch der Regierung angenommen und das Ministerium mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut.

Die Stellung der ungarischen Regierung war schon seit längerer Zeit erschüttert, da es ihr trotz ihres diktatorischen Auftretens nicht gelang, die verrottenen Verhältnisse in Ungarn wieder zu regeln. Mit Judenpogromen, weißem Terror und Offiziersbegegnen allein läßt sich eben auf die Dauer nicht regieren. Der Boykott der Gewerkschaftsinternationale trug ihr Teil dazu bei, dieses Kabinett der „starken Männer“ zu erschüttern. Jetzt, wo es gilt, wirklich zu regieren und nicht nur zu terrorisieren, ist es mit seinem Scheitern am Ende.

Aufhebung der Militärgerichte.

Der Ausschuss des Reichstags zur Beratung der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hat in mehreren Sitzungen dem Initiativantrag der Sozialdemokraten in seinen wesentlichen Punkten zugestimmt. Der erste Artikel wurde so gefaßt, daß die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben wird, abgesehen von Strafverfahren in Kriegszeiten und gegen die an Bord von Kriegsschiffen befindlichen Angehörigen der Reichsmarine. An Stelle des strengen Arrestes soll fortan die Strafe des mittleren Arrestes treten. Die Verhaftung ist zulässig, wenn die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin es erfordert. Auf diese Haft finden die Vorschriften der Untersuchungshaft Anwendung. Aufgenommen wurde ein neuer Artikel über die Anstellung von Heeres- und Marineanwälten, denen Sekretäre beigegeben werden. Die Anwälte sind richterliche Beamte, die die Befähigung zum Richteramte haben. Den Anwälten liegt die Beratung des Befehlshabers in allen Militärstrafsachen und disziplinarrechtlichen Angelegenheiten ob.

Frauen als Richter.

Frauen als Richter. Der Reichsausschuss der Preussischen Landesversammlung beriet den Antrag über die Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung. Dazu war von den Abgeordneten Heilmann (Soz.) und Richter (Nat. Soz.) der Zusatzantrag gestellt, gemäß der Reichsverfassung die gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen, welche der Zulassung von Frauen als Richter, Rechtsanwältinnen und Staatsanwältinnen entgegenstehen. Schließlich nahm der Ausschuss gegen die Stimmen der Reichsparteien eine Entschließung an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer zu den juristischen Prüfungen zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtliche Stellung von Referendaren und Assessoren erhalten, was nach dem Stande der Gesetzgebung nicht zulässig wäre. Die Resolution Heilmann-Richter wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der weiblichen Mitglieder der übrigen Parteien abgelehnt.

„Friedliche“ Baltikum-Städler.

Der gute Gedanke, die Soldaten der ehemaligen Baltikumformationen durch Ansiedlung zu versorgen, wird durch reaktionäre Elemente immer wieder sabotiert. Die Baltikumer gehen unter Führung ihrer Offiziere in die Ansiedlungs-ländereien und nehmen dabei ihre Waffen, auch Maschinengewehre, mit. Der Zweck ist doch so offensichtlich. Die Truppen sollen für Rußland weidlich verfügbar bleiben. Dann wundern sich Leute, daß die Arbeiter kein Vertrauen gewinnen.

Auf dem Bodelfester Moor in Schwedisch fanden Arbeiter unter einem Gehäusen Maschinengewehre, Handgranaten, Munition und so weiter, welche Baltikumern, die dort siedeln, gehören. Das ist nicht etwa ein Einzelfall. Die Einwohner von Elmsborn können ein Lied davon singen. Die Baltikumer kommen zum Siedeln in größeren Truppen ohne Waffen. Ein kleinerer Trupp folgt dann in der Nacht mit den Mordwerkzeugen, die sofort verstreut werden. In der reaktionären Presse liest man aber täglich von der Not der Arme — von den Baltikumern weiß sie nichts.

Die Bergregale.

Der Ausschuss der Preussischen Landesversammlung für Handel und Gewerbe beriet den Gesetzentwurf zur Überführung der Landesherren Bergregale an den Staat. Die Regierungsbereiter wie auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien stellen das Gesetz als annehmbar hin. Die mit den einzelnen Megalherren abgeschlossenen Verträge seien für den Staat günstig. Da die Reichsverfassung die Enteignung nur unter angemessener Entschädigung zuläßt, so könnte man den Besitzern der Regale die Entschädigung nicht versagen. Ferngegenüber meinen die Sozialdemokraten, es wäre in der jetzigen Zeit unverantwortlich, wenn man den Megalherren noch weitere 15 Jahre unverbittlich große Einnahmen verschaffe. Der Herzog von Arenberg bezieht z. B. aus dem Megal etwa 16 Millionen Mark in einer Zeit, wo der Staat unter gewaltigen finanziellen Lasten leidet. Die Sozialdemokraten gaben daher der Regierung den Rat, den Entwurf zurückzuziehen. Schließlich wurde er aber doch gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Aus dem Hauptausschuss des Reichstags.

Der Hauptausschuss des Reichstags beschloß heute, daß die Beratungen des Ausschusses nicht über diese Woche hinaus dauern sollen. Der Etat des Reichsverweserministeriums wurde eingehend beraten. Staatssekretär Stieker gab einen Überblick über die Organisation des Ministeriums. Der Bericht erstatter, Abg. Degler (Dt.-natl.), besprach die schlechten Geschäftsergebnisse der Eisenbahnen. Er machte darauf aufmerksam, daß im Monat Mai allein über 20 800 Diebstähle aller Art festgestellt und 402 Angestellte aus dem Eisenbahndienst entlassen worden seien. Abg. Dr. Helfferich (Dt.-natl.) beantragte, mit einstimmiger Befehlsmehrung einen Ausschuss einzusetzen, bestehend aus Mitgliedern des Reichstags und aus Sachverständigen, der Vorschläge für die Einschränkung der Verkehrsleistungen machen solle. Staatssekretär Stieker machte darauf aufmerksam, daß in der vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine besondere Abteilung für Verkehrsleistungen errichten sollte. Der Abbau des außerordentlich hohen Personalbestandes sei im Hinblick auf den Stand des Wirtschaftens nicht so einfach.

Bei der Forderung von 6 Millionen Mark zur Abwicklung der Schiffsabteilung wendet sich der Abg. Stubmann (Dem.) gegen den Plan einer Sozialisierung der Schiffsahrt, ebenso Dr. Nieber (Dt. Sp.). Die Forderung wurde genehmigt. Der Antrag von 10 Millionen Mark für den Bau einer Großschiffahrtstrasse Donau—Main—Rhein zunächst von Nischaffenburg bis Bamberg und zum Ausbau der Donau von Kelheim bis Passau wurde einstimmig genehmigt. Weiterhin erklärte Staatssekretär Euler die Errichtung einer Verkehrsflugschiffahrt für unrentabel. Ein Antrag, die Benzinförderungsverträge dem Hauptausschuss vorzulegen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der oben erwähnte Antrag auf Einsetzung eines Prüfungsausschusses.

Preussische Landesversammlung.

149. Sitzung.

Berlin, den 7. Juli.

Am Regierungstisch: Goenisch, Dejer. Das Haus ist schwach besetzt. Die Gesetzentwürfe über weitere Mittel zum Ausbau der Wasserkräfte des Mains und der Weser und über die Änderungen des Pfandleihgesetzes werden in zweiter und dritter Beratung einstimmig angenommen. Hierauf wird die

Aussprache über den Etat

fortgesetzt.

Abg. Dr. v. Richter (Dt. Sp.): Die Neuwahlen in Preußen würden sicher eine ganz andre Zusammenlegung der Regierung zur Folge haben. Das Verfahren des Ministers des Innern mit den Verhandlungen von Kondratien ist unethisch, die Anforderung des Finanzministers an die Beamten, sich zur Demokratie und Republik zu bekennen, ist nach der Reichsverfassung unzulässig. Trotz des Streikes am 1. Mai hat der Landwirtschaftsminister den Forstarbeitern den Lohn aus Staatsmitteln begahlt. Wir verlangen Klipp und Klar Antwort, ob die Regierung die Bestimmung der Reichsverfassung achtet will, wonach die Beamten ein Recht auf freie politische Betätigung haben. Wir erwarten, daß die Regierung den unerhörten Schikanen der Polen scharf entgegenzutreten wird. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Braun: Die preussische Staatsregierung untersteht ausdrücklich die Worte, die Minister Simons im Reichstag über das schändliche Verhalten der Polen gesagt hat. Die Regierung hofft und erwartet, daß die Abstimmung trotzdem ein Siegstag der Deutschen sein wird. Wenn Landarbeiterstreik in Kommern ist der Konflikt dadurch verschärft worden, daß der Kommerische Landbund die Arbeitnehmer nicht als gleichberechtigt anerkennen wollte. In Kommern spielt noch immer der Wachstumpfen eine große Rolle. Da noch immer die Gefahr eines neuen Konflikts droht, habe ich einen Kommissar hingeschickt und dieser hat in Verhandlungen mit dem Vorstand des Landbundes festgestellt, daß dieser in der Tat die Anerkennung des Arbeitnehmerverbandes als eine Nachfrage behandelt, die jetzt ausgeprochen werden soll, ohne Rücksicht auf die Schäden eines Streikes für die Ernte. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Ich habe die Regierungspräsidenten angewiesen, schiedsgerichtliche Ausschüsse einzusetzen, um beide Parteien zur Verhandlung zu bringen. Arbeiter und Angestellte hatten ein Recht, den 1. Mai ebensojagt zu feiern, wie der früher patriotische Festtag gefeiert worden sind. (Beif. b. d. Soz.)

Minister des Innern Swering: Solange die Regierung das Vertrauen der Mehrheit der Landesversammlung besitzt, hat sie die Politik zu weichen, die zur Festigung der jungen Republik erforderlich ist. (Beif. links u. i. Str.) Mögen die Ostpreußen am nächsten Sonntag den Polen und Polenfreunden die rechte Antwort geben. Zur Verhinderung der unbegrenzten Einwanderung der Ostjuden haben wir schon mancherlei Maßnahmen getroffen, aber die Ostjuden sind auch Menschen und Europäer, und wir dürfen nach dem Friedensvertrag diese Ausländer nicht anders behandeln als die Deutschen. (Große Unruhe rechts.) Wir haben nicht an Mandaten und Ministerposten, solange aber die jetzige Parteikonstellation in der Landesversammlung besteht, wird die Regierung ihre bisherige Politik fortsetzen. (Großer Beifall rechts.) Für uns ist keineswegs die Parteizugehörigkeit bei der Befugung hoher Verwaltungsstellen ausschlaggebend.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. Juli 1920.

Südbrück und Mitteldeutsche Ausstellung.

Uns wird geschrieben: Im Stadtparlament wird in einer der nächsten Sitzungen über das endgültige Schicksal der Südbrück beschlossen werden. Der Beschlußfassung wird ein heftiger Meinungsstreit vorangehen, weil die Demokraten unter Führung der geschäftstüchtigen „Magdeburger Zeitung“ die Fortführung des Baues mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Als das wichtigste Argument in ihrem Kampfe gegen den Brückenbau führen sie die hohen Kosten ins Treffen.

In Wirklichkeit geht es bei dem Kampf um die „Sozialistenbrücke“ um etwas ganz anderes. Seit der neuen Zusammenfassung des Stadtparlamentes geht das Geschrei von der „katastrophalen Bewilligungspolitik“ der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Mehrheit. Bei der vorjährigen Staatsberatung begannen die „praktische“ Mitarbeiter der Demokraten. Sie stimmten gegen die Steuern und lehnten den Etat ab. Die Entwicklung hat bewiesen, daß die damalige sozialdemokratische Steuerpolitik richtig war; es reichten nicht einmal die 800 Prozent, sondern man mußte noch 90 Prozent nachheben. Schuld daran waren die anbauenden Bewilligungen, die sich aus der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes ergaben. Die Demokraten konnten die Anforderungen an Löhne und Gehälter aus parteiatischen Gründen nicht ablehnen, sie stimmten dafür und die parteilose „Magdeburger Zeitung“ witterte dann hinterher über die Millionenbewilligungen, an denen natürlich das sozialdemokratische Stadtkomitee die Schuld trägt.

In diesem Jahre war es nun mit der Staatsabrechnung nicht, da die Finanzreform den Gemeinden das Steuerrecht nahm. Man erkor sich darum die „Südbrück“ zum neuen Objekt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Seit Monaten verschwendet die Fabrikpresse Spalte um Spalte, um die Sozialistenbrücke totzumachen, und der „Verkehrsrat“ Herr Müller bemüht jede Gelegenheit, um in der Stadtverordneten-Versammlung den Brückenbau zu hinterziehen. So behandelte Herr Müller in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter-Vorsitzer in der letzten Sitzung die Brückenbauvorlage in einer Weise, daß er sich zum Schluß den nicht unberechtigten Vorwurf gefallen lassen mußte, daß er als Vorsitzender versucht habe, in demagogischer, parteiischer Weise die Einstellung des Baues zu erzwingen.

Die Demokraten sind in ihrem Kampfe gegen die Südbrück — dies: sozialdemokratische Stadtverordneten-Mehrheit — so verdammt, daß sie gar nicht merken, wie sie dabei eine ihrer eigenen Ideen zum völligen Mißerfolg verurteilen. In Magdeburg soll im nächsten Jahre die Mitteldeutsche Ausstellung für Siedlungsweisen, Sozialfürsorge und Arbeit eröffnet werden. Der Vater dieses Gedankes ist der Demokrat Müller, der Sturmtruppenführer im Kampfe gegen die Südbrück. Die Ausstellung soll dazu beitragen, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzurichten. Die Ausstellung soll alle Interessenten, Industriellen, Genossenschaften und Kommunen anspornen zum Schaffen und Bauen.

Soll die Ausstellung, die ohne Zweifel einen großzügigen Gedanken erkennen läßt, ein Erfolg sein, dann ist die Unterstützung aller interessierten Stellen notwendig. Es gehört eine geschickte Propaganda dazu, um in einer schweren wirtschaftlichen Krise, die jetzt einsetzt, einer derartigen Ausstellung zum Erfolg zu verhelfen. In dieser Erkenntnis hat die sozialdemokratische Fraktion trotz mancher Bedenken einmütig dem Plane zugestimmt und in der gleichen Einmütigkeit alle weiteren Vorbereitungen unterstützt.

Man stelle sich nun vor: Magdeburg entfällt eine riesigen Propaganda für eine großzügige Ausstellung, die ausschließlich den Zweck haben soll, die deutsche Wirtschaft durch schleunigste Finanzmaßnahmen von Arbeiten zur Weltung zu bringen. In der gleichen Zeit beschließt die Stadtverordneten-Versammlung derselben Stadt, ein Bauwerk einzustellen, das vor dem Kriege in Angriff genommen wurde und zu dem das Material fast vollständig beschafft worden ist. Grund: Die Geschichte wird zu teuer. Eine werblichere Politik ist wohl nicht denkbar. Mit der Ausstellung ruft man: Arbeit, baut! Daneben zeigt man aber die Ruinen der Brückenpfeiler; Laßt die Hände vom Bauen, es wird zu teuer. Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn man einer kranken Familie einen Paradereller mit schönen Lebensmitteln zeigt und dann ihr Karzümachen sucht, das dieser Paradereller zwar ein Anreiz sein soll, sich das gleiche zu beschaffen, doch sei das dahingehende Bemühen ganz zwecklos, denn die Geschichte werde zu kostspielig.

Eine Ausstellung hat nur Zweck und Erfolg, wenn ihre Anregungen praktisch verwendbar sind. Daran können eigentlich die Demokraten bei ihrer Stellung zur Südbrück nicht glauben, denn nach ihrer Meinung ist ja jeder Aufbau wegen der hohen Kosten in den nächsten Jahren unmöglich.

Trotz dieses Kampfes wird die „Sozialistenbrücke“ gebaut werden. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die Gemeinden die wirtschaftliche Krise nur überwinden und ihre soziale Pflicht nur erfüllen können, wenn sie nicht nur Ausstellungen inszenieren, sondern mit der Tat vorangehen.

Die neuen Bestimmungen über den Steuerabzug treten am 1. August in Kraft. An uns werden Aufträge gerichtet, ob schon bei der Lohnzahlung in dieser Woche die neuen Bestimmungen gelten. Es wird deshalb besonders darauf hingewiesen, daß bis zum 1. August die alten Bestimmungen in Kraft bleiben, erst von diesem Tage an gilt die Änderung.

Eine Annahmestelle auf das Reichnotopfer hat die Sparkasse der Stadt Magdeburg in den Räumen der Ostgrotzkasse, Kassenraum 8/9, eingerichtet. Es können Vereinzahlungen während der Kassenstunden geleistet werden. Den Einzählern bieten sich besondere Vorteile dadurch, daß statt 100 Mark nur 96 Mark einzuzahlen sind und die vom 1. Januar 1920 mit 5 Prozent zu verzinsenden Beiträge mit dem Tage der Einzahlung aus der Verzinsung treten. Einzahlungen dürfen nur 96 oder ein Vielfaches von 96 betragen. Kriegsanleihe kann an Zahlungen statt angenommen werden, wenn eine Bescheinigung der Zeichnungsstelle beigefügt ist, daß der Einzähler die Stücke selbst, gezeichnet hat, und wenn entweder die laufenden Zinscheine noch vorhanden sind oder weitere Zinscheine als die laufenden nicht fehlen.

Die Vermeidung des vertragslosen Zustandes zwischen Krankenkassen und Verein der Arbeiter ist vom Freitag den 9. Juli, mittags 12 Uhr, festgesetzt worden. Nach diesem Zeitpunkt werden also die Mitglieder der Krankenkassen auf Grund des Mitgliedsausweises wieder als Krankenpatienten behandelt.

— Pachtwirtschaft in einem städtischen Betrieb. Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Die Arbeitslosigkeit nimmt immer bedenklichere Formen an, da sollen alle Behörden ein lebhaftes Interesse daran haben, sie einzukürzen. Welcher gibt es noch Angehörige der öffentlichen Körperlichkeiten, die bei jeder sozialen Einsicht dieses notschafflichen Unglücks für die Arbeiterkassen nicht noch vergrößern. In der Sparkasse der Stadt Magdeburg ist in der vorigen Woche der Kassellan Pfeiffer angestellt. Dieser, der sich schon durch sein provokatives Wesen, als er nur aus Hilfswelle dort tätig war den Kleinmachrauen-gegenüber beliebt gemacht hatte, sie des öftern auch aufforderte, ihrer wirtschaftlichen Organisationen, die er „Spartakistenverein“ nannte, den Rücken zu kehren, treibt es jetzt, da er seit 8 Tagen auf Lebenszeit angestellt ist, besonders arg. In diesen 8 Tagen hat er es bereits fertiggebracht, ohne Grund mehrere Kleinmachrauen, die alleinige Ernährerinnen ihrer Kinder sind, zu entlassen. Hier sollte der Magistrat nun halb einschreiten oder die Organisation sollte dem Herrn einmal den Standpunkt klarmachen.

Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Wilhelmshof“, Sülzharing

Generalversammlung

Der Genosse Veim spricht über

Die neuen Steuern u. die Stadtgemeinden.

Wir laden hierzu unsere Mitglieder ein. Der Vorstand.

Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch bzw. -ausweis.

— Die Befehung der Straßenbahnwagen. Uns wird geschrieben: Die Polizeiverordnung betreffend die mit Maschinen betriebenen Straßenbahnen des Regierungsbezirks Magdeburg vom 28. 10. 1907 besagt im § 13:

„Abgesehen von den durch die Aufsichtsbefehden zugelassenen und durch Veröffentlichung ausdrücklich bekanntgegebenen Ausnahmen dürfen über die für die Befehung der Innen- und Außenplätze des Wagens festgesetzte Normalzahl hinaus weitere Personen nicht aufgenommen werden.“

Diese Normalzahl ist in allen Straßenbahnwagen angezeichnet. Als Ausnahmen sind von der Aufsichtsbefehde außergewöhnliche Vorkommnisse, wie z. B. Plagregen, schlechtes Schneewetter, Aufzüge usw. und unter Umständen die Bewilligung des späten Nachtverkehrs festgesetzt, ebenso wie die Grenzen der in diesen Fällen zulässigen Personenzahl. In den Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit hatte sich als Folge der verstärkten Garnison, der Kriegskamer, des regen Industrie- und Handelslebens und später infolge der Demobilisierung der Verkehr in Magdeburg in einem Maße vergrößert, daß die Straßenbahn ihn bei Normalbesetzung der Wagen nicht mehr bewältigen konnte. Eine Mehrbesetzung von Wagen hat wegen Mangels an Material und Arbeitskräften sowie wegen der großen Unkosten nicht durchgeführt werden können. Darum hat eine Ueberbesetzung bisher vorgehört und sogar auch der zulässigen Mehrbesetzung unter Duldung der Aufsichtsbefehde Platz gefunden und ist im Laufe der Jahre dem Publikum, dem Fahrpersonal, der Aufsichtsbefehde und nicht zuletzt der Straßenbahn-Direktion zur Gewohnheit geworden, letzterer sogar so weit, daß sie sie allen Identitätsberechnungen zugrunde legt. Publikum und Fahrpersonal haben unter diesen Umständen gesehnt sich aber wie in so vieles andere auch dazwischen geschickt. Die Aufsichtsbefehde hat ihnen gleichgültig beistehen gestanden, nur die Aktionäre haben schmerzhaft den Vorteil daraus gezogen.

Nun ist auch diese Kriegshochkonjunktur im Verkehr überstanden, und es begannen sich allmählich wieder normale Verhältnisse in der Befehung der Straßenbahnwagen anzubahnen, wenn auch bis heute noch zu gewissen Tageszeiten und besonders auf einigen Linien die Wagen überfüllt sind. Die Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft aber sucht nun gewaltsam ihren Vorteil aus der Hochkonjunktur zu vergrößern, indem sie durch zeitweises Abhängen von Umhängewagen den Betrieb einschränkt und dadurch eine weitere übernormale Befehung auch zu den Zeiten herbeiführt, in denen eine solche schon nicht mehr statthat. Sie macht dadurch die Ueberbesetzung der Polizei-Bewohnung, die vordem (sogar) eine Kriegsnotwendigkeit war, zu einem Mittel, ihren Geldsachinteressen zu dienen, ohne nach dem berechtigten Bedürfnis des fahrenden Publikums nach einem bequemem Befehungsmittel zu fragen. Darum sei hier einmal die Frage an die Aufsichtsbefehde gestellt: „Will sie eine weitere Ueberbesetzung ihrer Bewohnung dulden, nach dem die M. Str. - G. - U. ihren Betrieb wegen zu geringer Verkehr eingeschänkt hat, also auch logischerweise damit zugibt, daß ein Bedürfnis zu einer Mehrbesetzung der Wagen nicht mehr vorliegt?“

Zu dieser Verkehrseinschränkung hat die Gesellschaft am 1. d. M. eine Reihe von Entlassungen vorgenommen, beschäftigt aber auch noch weitere, wie sie schon durch Aufsichtsbefehde hat verkünden lassen. Zweifelslos haben sie Gesparmaßregeln dazu geführt. Aber auch andere Gründe sind maßgebend. Sie will ihre Angestellten, die ihr im Juli-jahr einmal ihre geringe Macht gezeigt, haben, wieder einschalten; und dann will sie doch auch ihren Teil dazu beitragen, das Meer der Arbeitslosen zu vergrößern, um mit diesen dann die Löhne drücken zu können. Daß sie sich dabei weder um die Bestimmungen des Vertriebs-Vertrages noch des Tarifvertrages kümmert, sei hier nur nebenbei gesagt und wird ihr der gesetzliche Schlichtungsausschuß noch klarmachen müssen.

Betriebsoblene S. P. D.

Am Donnerstag den 8. Juli, abends 9 Uhr, im Lokal von Ed. Holz, Tischlerkretzungstraße 22

wichtige Sitzung.

Ohne Legitimationskarte kein Zutritt.

Allgemein verbindlicher Tarifvertrag im Gastwirts-gewerbe. Der zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirts-Organisationen von Magdeburg und Umgegend und der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtsangestellten in Magdeburg am 29. Februar 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer im Gastwirts-gewerbe wird für den genannten Berufskreis gemäß § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1478) für das Gebiet des Stadtkreises Magdeburg (den Orten Biederitz, Gehrothberge, Diesdorf, Olivenstedt und Hohenwarthe für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Mai 1920. Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachtarifverträge in Geltung sind.

— Die Notlage der Invalidenrentner. Ein alter Arbeits-invalide und Parteigenosse schreibt dem „Vorwärts“: „Als ich vor 4 Jahren invalide wurde, war ich im Besitz von 24 Invalidenrenten; ich erhielt von der Landesverwaltung 28,30 Mark Rente. — Ich zahlte für einen Zentner Kohle 1 Mark frei ins Haus, für das Kubikmeter Gas 18 Pfg. Jetzt bezahle ich 16 Mark für den Zentner Kohle und 1,25 Mark für das Kubikmeter Gas. Da ich monatlich 80 bis 40 Kubikmeter Gas verbrauche wegen Mangels an Kohlen, langt die Rente nicht einmal für Heizung und Licht, wo bleibt da alles andere? — Es wird sich daher jeder denkende Mensch fragen müssen, daß hier unbedingt Abhilfe geschafft werden muß. Als wir noch arbeitsfähig waren, waren wir nützliche Glieder des Staates; jetzt sind wir alt und hilflosbedürftig, und der Staat hat die gesetzliche und moralische Pflicht, uns nicht unkommen zu lassen und dafür zu sorgen, daß wir ein menschenwürdiges Dasein fristen können. Ich appelliere daher an die Gewerkschaftsführer sowie an die Parteiführer und die Presse, ihrem Einfluß Geltung zu verschaffen, damit schnellstens Abhilfe geschafft wird und eine Leistungszulage von mindestens 200 Mark gegeben wird.“

Wir können uns diesem Appell nur aus vollem Herzen anschließen.

— Demonstration gegen polnische Willkür. Am Sonntag den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, findet im „Hohenzollernpark“ (Sülzharing) eine Protestkundgebung gegen polnische Gewaltmaßnahmen bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen statt. Pressechef Burg hat rd. einen Ueberblick über die Gewaltakte der Polen geben. Im Anschluß daran wird im geschlossenen Zug unter Vorantritt einer Musikkapelle nach dem Alten Markt marschieren, wo Regierungspräsident Pohlmann sprechen wird. Außerdem findet am Montag von 1 bis 7 Uhr nachmittags im Bürgerhaus unter Aufsicht des Magistrats eine Wahlübung aller derjenigen Abstimmungsberechtigten statt, die verhindert waren, nach ihrer Heimat zu fahren. — Stimmberechtigte, kommt zur Wahlübung!

— Die Post im Dienste der Kellame. Die Reichspostverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, ihr rollendes Material, also in der Hauptsache die Postwagen, die der Befehung der Kellame dienen, der Kellame zugänglicher zu machen. Der weitere Ausbau des Kellamewesens bei der Post, das sich bisher nur auf die Innenräume der Poststationen erstreckte und auch dort nur für gemeinnützige Zwecke freigegeben war, ist Gegenstand von Verhandlungen im Reichspostministerium. Nähere Angaben über den Umfang der hieraus sich ergebenden Neuerungen sind in nächster Zeit von der Postverwaltung zu erwarten.

— Achtung Metallarbeiter! Vom hiesigen Schlichtungsausschuß wurde am 8. Juli 1920 ein für die Metallindustrie in Betracht kommender Schiedspruch gefällt. Die tarifmäßigen Löhne bleiben bestehen. Es wird ab 1. Juli 1920 eine Sonderzulage für die über 20 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen gezahlt. 1. Für Metallarbeiter 20 Pfg. pro Stunde. 2. Für Stücklohnarbeiter 10 Pfg. pro Stunde. Die Bauarbeiter erhalten die Löhne der Facharbeiter des Metallarbeitertarifs. Bauhilfsarbeiter erhalten die Löhne der angeleiteten Arbeiter des Metallarbeitertarifs. Feuerungsmaurer erhalten über den Tariflohn der Gruppe 4 der gelernten Facharbeiter für die Zeit, in der sie als Feuerungsmaurer beschäftigt sind, eine Zulage von 40 Pfg. pro Stunde.

— Verdüsterungsbewegung. Nach Mitteilung des Städtischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 20. Juni bis 26. Juni 1920 die Zahl der Eheschließungen 89; der Lebendgeborenen (Vorwode) 76 männliche, 68 weibliche, zusammen 144; der Gestorbenen 39 männliche, 34 weibliche, zusammen 73, darunter Kinder im 1. Lebensjahr 11 männliche, 7 weibliche, zusammen 18; die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar: Scharlach 4 (davon — auswärts), Diphtherie und Krupp 3 (—). Unterleibstypus (—), Kindbettfieber (—), Ruhr (—), Genickstarre (—).

— Ein Schiedspruch für das Schuhmacherhandwerk Magdeburgs wurde am Dienstag vom hiesigen Schlichtungsausschuß gefällt. Die Schuhmacher werden am Montag abends 8 Uhr im „Bürgerhaus“ dazu Stellung nehmen. Die Ortsverwaltung.

— Elternversammlung Sonnabend, abends 7 Uhr, der L. Knaben-Volksschule (Pflaumenstraße) in der Aula der Augustaschule, Pflaumenstraße.

— Das Wohlthätigkeitskonzert der Städtischen Polizei, welches für den 26. Juni in Aussicht genommen war, findet am 10. Juli im Herzentrag statt. Die hierzu gelassenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

— Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der Kaiserstraße weiße Damast- und andre Bettwäsche zum Teil gez. G. S., M. S. oder A. W., Servietten gez. W. S., weiße Taschentücher, ein grauemelierter Winterüberzieher mit Hornknöpfen, ein braunemusterter Sommerüberzieher, ein blauer Gebotianzug, eine gestreifte Hose, ein dunkelgrünes Kostüm mit hellen Seidenfutter, eine schwarze Damenjacke, ein weißes und ein gestreiftes Oberhemd und eine Raffetischdecke, gelb und weiß gemustert, mit Franzen; aus einer Klinik am Kaiser-Otto-Ring ein dunkelgrüner Tuchbohrhang; Fahrrad „Diamant“ mit gelben Goldfelgen, „Wanderer“ mit schwarzen Felgen, „Degen“ mit schwarzen rot abgesetzten Felgen, „Kaiser“ mit schwarzen Felgen; in einem Radbarock ein neuer grauer Jockeyanzug, ein Ulfser aus Militärstoff, blauegrauer farbeter Tuchhose, eine vergoldete Damenuhr mit kleiner Kette, eine silberne Suppenkelle, zwei Trauringe; aus einer Laube in der Freilichtstraße eine blaurot gestreifte Tischdecke, drei weiße und ein rotes Kissen, rotgrüne Fenstervorhänge, eine Gängematte und eine Kinderstuhel; an der Elbe am Herzentrag eine naturleberne Affentafel enthaltend eine Brieftasche aus Marbleder, eine silberne Servieruhr mit langer, dünner Kette, zwei silberne Bigarottenetuis, ein Taschentuch gez. F. W. und eine Damenhandtasche aus schwarzem Leder; aus einer Wohnung in der Königshofstraße ein grünemusterter und ein schwarzer Männerjackett, eine gestreifte Hose und zwei Paar Schnürstiefel.

— Wenn gehört das Fahrrad? Unter verdächtigen Umständen wurde beschlagnahmt ein Fahrrad „Brandenburg“ Nr. 871521, schwarzer Rahmen, schwarz abgesetzte gelbe Felgen, Freilauf. Es befindet sich im Zimmer 11 der Kriminalpolizei vormittags von 7 bis 10 Uhr zur Vernehmung.

— Ein diebischer Scherenschleifer? Zu unserer Warnung vor Scherenschleifern meldete sich der hierfür in Frage kommende Scherenschleifer Richard Eigenhoff bei der Kriminalpolizei mit der Bitte, um eine Vernehmung dahingehend, daß die Auftraggeber den Schleiferlohn nicht bezahlen wollten, weil er ihnen zu hoch war, und daraufhin habe er sich erst mit den Messern entfernt. Diese Angaben entsprechen nach der gemachten Feststellungen der Wahrheit.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. Beisitzungsgruppe Wilhelmshof: Am Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr an der Endstation der Straßenbahnlinie 4 und 8 (Hohenstedter Straße).

Provinz und Umgegend.

Deutsche Landarbeiter.

Der preussische Landwirtschaftsminister, Genosse Braun, hat einen Erlaß herausgegeben, in dem er die Frage der Zulassung ausländischer Arbeiter regelt. Grundätzlich soll danach die Befreiung der freien Arbeitsplätze in der Landwirtschaft in erster Linie durch deutsche Arbeitskräfte erfolgen, ohne daß verlangt werden soll, daß die Landwirtschaft zur Zeit auf ausländische Landarbeiter, insbesondere Polen, noch nicht verzichten kann. Um nun zu verhindern, daß durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Existenz bedroht werden und von dem Mittel der Arbeitseinstellung zur Erzielung des Abtransportes der ausländischen Arbeiter, sei es beseitigt oder unberechtigt, Gebrauch zu machen, muß bei der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften die Sicherheit gegeben sein, daß diese die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen vorfinden, die sie in ihrer Heimat oder in der Umgebung nicht beschaffen können.

Es ist daher angeordnet, daß vor Zulassung ausländischer Arbeitskräfte (auch Kriegsgefangener) für die Beschäftigung in der Landwirtschaft eine Prüfung der Verhältnisse unter Hinzuziehung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bezirks stattzufinden hat. Die Zulassung selbst ist im einzelnen von der Zustimmung des zuständigen Landesamtes abhängig. Jede der Landwirte ist es, darauf hinzuwirken, daß ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Kriegsgefangene den gleichen Tarifbedingungen unterliegen wie deutsche Arbeiter, d. h. insbesondere dieselbe Arbeitszeit innehaben und die gleichen Lohnsätze beziehen.

Da der Zugang von ausländischen Arbeitskräften in diesem und in den folgenden Jahren voraussichtlich ein sehr geringer sein wird, dürfte es im eignen Interesse der landwirtschaftlichen Arbeitgeber liegen, sich jetzt schon deutsche Arbeitskräfte zu sichern. Deutsche Landwirte sind hinsichtlich dieses Erlasses nicht als Ausländer zu behandeln.

Die Obstnutzungen der Provinzialstraßen.

Wir erhalten diese Zuschrift: In der ersten Beilage der „Volksstimme“ vom 30. Juni d. J. wird unter der Bezeichnung „Ursachen der Obststeuerung“ neben anderen Behörden auch der Provinzialverwaltung der Vorwurf der Begünstigung des Wüchters gemacht.

Die Obstnutzungen an den Provinzialstraßen des Landesbauamts Magdeburg waren bis Ende des Jahres 1917 ohne jede Beschränkung der Pächter verpachtet. Trotzdem gelang es, die Pächter dazu zu bewegen, daß sie ihren ganzen Obstanhang an die Stadt Magdeburg bzw. den hiesigen städtischen Großmarkt für Gemüse und Obst zu sehr mäßigen Preisen — 15 bis 18 Mark für Tafelobst — abtraten. Die Pächter waren zu diesem Verkauf ihrer Ernte an die Stadt dadurch bewegt worden, daß ihnen die Verlängerung ihrer Pachtzeit um ein Jahr, also für das Jahr 1918, in Aussicht gestellt wurde.

Im Jahre 1918 wurde das Verfahren des Vorjahres mit der Abänderung wiederholt, daß die Pächter vom Großmarkt den Großhandelspreis zugewilligt erhielten. Dieses Abkommen bedeutete für die Provinz einen erheblichen Verlust, denn bei den geltenden Obstpreisen würde die Verwaltung einen weit höhern Pachtpreis als den alten Friedenspreis erhalten haben.

Im Jahre 1919 wurden die Obstnutzungen von neuem für eine Pachtzeit von 3 Jahren ausgeschrieben und hatten eine Pachtsomme von rund 40 000 Mark ergeben. Diesen zu hoch erscheinenden Preis nahm die Provinzialverwaltung nicht an. Sie schätzte den Obstanhang ab, legte als Einheitspreis die von der Provinzialstelle für Obst und Gemüse festgesetzten Richtpreise zugrunde, übertrug den Pächtern die Obstnutzung zum Pachtpreis von rund 17 000 Mark und verzichtete also auf eine Mehreinnahme von 23 000 Mark, das sind etwa 60 Prozent der ihr durch das Ausschreibungsverfahren angebotenen Summe.

Die Ausgrenzung der Obstnutzung in diesem Jahre ergab wieder eine so hohe Pachtsomme, daß sich die Provinzialverwaltung veranlaßt sah, sie im Interesse einer möglichst billigen Obstversorgung der Bevölkerung Magdeburgs abzulehnen und die Ansuchen der alten bewährten Obstpächter zu den von ihnen gebotenen mäßigen Preisen unter der Bedingung zu überlassen, daß sie sich verpflichteten, die Hälfte ihrer Obsternte wiederum an den hiesigen Großmarkt zum Erzeugerpreis, der aber 80 Pf. pro Pfund nicht übersteigen darf, abzuliefern. Auf Vorschlag des Landesbauamts hat der Magistrat sich bereit erklärt, daß dieses, von den Pächtern an den Großmarkt abzuliefernde Obst unter der Bezeichnung „Provinzialstraßenobst“ auf Lebensmittellisten ohne jeden Ausschlag für Auslesen an die Bevölkerung verteilt wird.

Die Entscheidung ist in dieses Abkommen nicht einbezogen worden, weil die Nutzung — es handelt sich um nur etwa 2 Kilometer Straßenlänge — zu klein ist.

Wir erfahren, freudig bewegt, daß das Landesbauamt schon 1917 und 1918 dem städtischen Obstgroßmarkt Obst zu mäßigen Preisen geliefert hat. 1917 den Rentner für 15 bis 18 Mark. Wenn man das schon vor 3 Jahren erfahren hätte, vielleicht hätte man sich wenigstens eine ganz kleine Menge Obst ersteigert können. In diesem Jahre soll auch wieder preiswertes Obst an den Obstgroßmarkt geliefert werden. Hoffentlich bleibt das Obst auch preiswertes Provinzialobst bis zum Verbraucher. Wenn es sich wirklich nicht bewenden sollte in ausverkauften, von weither eingeführte teure Tafelobst, die sich nur reiche Leute leisten können, sondern echtes billiges Provinzialobst bliebe, wäre ein Wunder wäre das.

Parteinachrichten.

Diebstahl. Sozialdemokratischer Verein. Freitag den 3. Juli, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Picht.

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Flugdruck verboten. (19. Fortsetzung.)

Vom Waldchen her floß sprudelnd eine Quelle im schmalen Silberstreifen durch die Felder, dem Boden die nötige Feuchtigkeit gebend und hinter dem Hauje zu einem Becken bereichert, in dem die Wäsche gewaschen wurde.

Wit Lust und Freude ging Wilhelm an die Arbeit. Die Frau half ihm und besorgte zugleich das Hauswesen.

Am 9 Uhr wurde getrunken: Käse, Brot und Wein. Mittags gab es eine kräftige Schokolade, Speck, Kohl, Käse, Wein und Kaffee. Am 4 Uhr wurde wie vormittags gespeist und abends gab es ein Essen, ähnlich dem Mittagessen.

Seit seiner Verhaftung hatte Wilhelm noch nicht so gut gegessen, und da ihm die ungewohnte Arbeit in reiner Luft einen von den langen Entbehrungen verdrängten Appetit gegeben hatte, schien es ihm, als habe er in seinem Leben noch nicht so gut gegessen.

Da es gegen 6 Uhr zu dunkeln begann, setzte sich Wilhelm in die Küche, die Arbeitsgeräte anschießend, während die Frau das Abendessen bereitete. Er hörte nur mit halbem Ohr auf das Geplapper der Frau, die ihm den Gang der Wirtschaft erklärte. Seine Gedanken schweiften. Er dachte an Lisbeth und wie schön es wäre, hätte er das Gut mit ihr bewirtschaften können, während die Kinder dort munter herumtrieben. Nun war er ein Knecht, ein Verachteter und Verdächtigter. Seine Kinder waren da drunten eingesperrt und Lisbeth moderierte in einer vergessenen Ecke in fremder Erde.

Alles um ihn her schien sonderbar, fast märchenhaft. Aus dem offenen Kamin, wo die fremde Frau das Essen auf einem

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Obendorf, 7. Juli. (In öffentlicher Versammlung) sprach Genosse Kungmann über „Die Sozialdemokratie und die Regierung“. Er bewies die Nichtigkeit der Politik unserer Partei. Die Entschärfung vom 6. Juni müssen wieder für die sozialdemokratische Partei zurückgewonnen werden. Wenn die U.S.D.-Leitung so weiterarbeitet, werden auch dem letzten Wähler die Augen über das volks-schädigende Verhalten der Unabhängigen geöffnet. Im Schlußwort gab Genosse Kungmann noch einige „Selbsttaten“ von U.S.D.-Mitgliedern bekannt. Staunen hörte man, daß „revolutionäre“ Arbeiterführer aus Krieger- und Landwehrkreisen gemeinsam mit den U.S.D.-Mitgliedern die Arbeiter müssen endlich einsehen, wohin die unsinnige Politik der Unabhängigen die Arbeiterklasse führen muß.

Oberstedt, 8. Juli. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Es wurde beschloffen, in Anbetracht der immer höher steigenden Werte die Feuerversicherungssumme für alle Gemeindegrundstücke um 500 Prozent zu erhöhen. Um dem Wohnungseigentum zu stützen, wurde der Ortsvorstand ermächtigt, zum Umbau des von der Gemeinde gekauften Dreisechseckigen Fabrikgrundstücks zu Kleinwohnungen ein Darlehen von 120 000 Mark aus der Kreisparasse beim Kreisrat zu beantragen. Es sollen in diesem Jahre, wenn möglich, noch einige Wohnungen fertiggestellt werden. Da die Schuldenlast der Gemeinde immer größer wird, wurde ferner beschloffen, auf die von der Gemeinde zu erhebenden Realsteuern einen Zuschlag von 50 Prozent zu legen. Dann wurden noch verschiedene kleine Vorlagen erledigt.

Dreisieben, 8. Juli. (Zu einer imposanten Demonstration) gestaltete sich die Bannerweihe des Sozialdemokratischen Vereines. Als 20 auswärtige Parteivereine waren zu der Feier erschienen. Auch Arbeiterjugendgruppen aus Eilsleben, Babelsleben und anderen Orten waren gekommen, um an der Feier teilzunehmen. Die Einwohner hatten die Straßen gesäumt. Jung und alt beteiligte sich an dem Demonstrationszug, der rund 800 Teilnehmer aufwies. Unter der Friedensfahne, unter der in früheren Zeiten Festreden im andern Sinne gehalten, und Hochs und Hurras auf den ausgetragenen „Friedensfahnen“ ausgebracht wurden, hielt Genosse Neßler die Festrede, die von den mehr als 1000 Zuhörern mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde. An die Bannerweihe schloß sich ein Umzug durch das Dorf an. Ein erfreuliches Zeichen war, daß sich die Arbeiterpartei, mit Ausnahme der Unabhängigen natürlich, an der Demonstration beteiligte, und dadurch bewies, daß sie sich nicht mehr schämt, offen für die Sozialdemokratie einzutreten. Erwähnt sei noch, daß auch der Landrat von Wanzleben, Genosse Jahn, an der Feier teilnahm. Für die Kinder war am Montag ein Umzug vorgezogen. Unsere Genossen im Schutvorstand war es leider nicht möglich, für die Kinder volle Schulfreiheit durchzusetzen. Manche Lehrer können sich noch nicht vorstellen, daß auch mal zu anderen Festein als sonst schulfrei sein soll. Sie nehmen immer noch Rücksicht auf die Preise, unter deren Herrschaft sie schlecht bezahlt und behandelt worden sind. So konnte nur vereinbart werden, es den Eltern und Kindern zu überlassen, ob sich letztere an Kinderfest beteiligen oder die Schule besuchen wollten. Vor der Schule hatte sich fast die gesamte Schulfreiheit versammelt, und unter den Klängen des Sozialdemokratischen Liedes trat der starke Zug in Bewegung. Dies richtige Verhalten der Eltern und Kinder wird den Herzen gezeigt haben, daß sie auf verlorenem Posten stehen. Die Feier verlief von Anfang bis zu Ende in würdiger Weise. Eine Anzahl Neuaufnahmen für die Partei konnten gemacht werden.

Mogau, 8. Juli. (Zu einer Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereines hielt Genosse Ludwig einen Vortrag über „Was lehren uns die letzten Wahlen?“ und wies dabei auch auf die Schwierigkeiten in der Regierungsbildung hin. In der Aussprache wurde es für gut befunden, daß unsere Genossen es abgelehnt haben, in die Regierung mit einzutreten. Die Genossen in anderen behördlichen Stellen wie Landräte, Amts- und Gemeindeverwalter usw. bleiben natürlich an ihren Posten. Schwer gerügt wurde die Laune der Parteigenossen in der Mitarbeit. Die Wahl der Ortsgruppenleitung wurde ebenfalls Schwierigkeiten, da kein Genosse wieder Genosse August Neßler als Vorsitzender gewählt, doch wurde hervorgehoben, daß ihn die Parteigenossen in Zukunft mehr unterstützen und ihm mehr Vertrauen entgegenbringen müssen. Die Zeitungsfrage wurde ebenfalls besprochen und die Verteuerung der „Volksstimme“ allseitig als unvermeidbar anerkannt. Zur Gewinnung von Mitgliedern soll eine Hausagitation vorgenommen werden. Die Genossen wurde ermahnt, sich an der Werbearbeit für die Partei und die Presse rege zu beteiligen.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 7. Juli. (Die Propaganda) für die Auswanderung nach Sowjetrußland hat nun auch in unserer Stadt ihren Anfang genommen. Am Montag sprach in einer öffentlichen Versammlung Ingenieur Wagner. Die Versammlung war sehr gut besucht, ein Zeichen dafür, daß vielen die Heimat und das Vaterland zu eng zu werden scheint. Wer nun gedacht hatte, schon bald nach Rußland gehen zu können, um sich dort, ohne viel zu arbeiten, eine neue Heimat schaffen zu können, der sah sich schon enttäuscht, denn der Referent machte kein Geßl daraus, daß in der Roterepublik härteste Arbeit herrschen würde. Die russische Sowjetregierung war bestrebt, mit der deutschen Regierung ein Auswanderungsabkommen zu treffen, leider ist letztere dazu nicht imstande gewesen, wegen der mit den Weststaaten getroffenen Abmachungen. Nun versucht man es auf dem Wege privater Unterhandlungen, die man in der Hauptsache mit der kommunistischen Partei führt. Redner schilderte dann die Revolutionen in Rußland. Durch diese hat das Land sehr gelitten und man wolle nun mit dem Wiederaufbau beginnen, wozu die Unterstützung des kassenbewußten deutschen Proletariats sehr erwünscht wäre. Nach eingehender Schilderung der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die in möglichst ruhigem Maße geschildert wurden, kam der Referent zur Erörterung der Anstellungsmöglichkeiten für die Deutschen. Notwendig seien vorerst in einem für Kolonisation freigegebenen Urwaldgebiet einige hundert Unermüd-

liche, die Pionierarbeit leisten müssen. Dafür sei die Befreiung der Fabriken mit deutschen Arbeitern, Technikern usw. notwendig. Wohnstätten seien vorhanden. Weiter sollen die Sowjetgüter durch deutsche Landwirte beschafft werden, die also moderne Ackerbaukunde nach Rußland tragen sollen. Daß sich der Vortragende bei Schilderung der kommunistischen Wirtschaft in Widersprüche verwickelte, sei nur nebenbei bemerkt. Theorie und Praxis war bisher zweierlei und wird es auch im kommunistischen Zukunftsstaat bleiben. Zum Schluß wurden den Erscheinungen noch die Ausnahmestellungen und -möglichkeiten vor Augen geführt. Aus dem Beifall läßt sich wohl entnehmen, daß auch in Burg eine große Anzahl Unternehmungslustiger vorhanden ist, die die „Gerlichkeiten“ Sowjetrußlands gern kennen lernen will. Doch sollte man sich den Schritt erst mal sehr sorgfältig überlegen, denn nach Rußland kommt man leichter — sogar kostenlos — aber zurück weniger schnell. Deshalb sollte man nichts überstürzen, sondern erst alle Möglichkeiten erwägen und abwägen.

Burg, 8. Juli. (Erinnert) sei nochmals daran, daß die Kopportage der „Volksstimme“ in die Hände des Genossen Schumacher, Magdeburger Straße 22, übergegangen ist. Auch die Empfänger von Zeitschriften usw. werden sich mit diesem Genossen in Verbindung zu setzen. — Genosse Heine wurde dem Fleischer Konfektwerk ein Fahrrad im Werte von 600 Mark und dem Weichensteiner Mutterhaus für 100 Mark Festhatsostoffen. — Verurteilt wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt der Arbeiter Hoppe zu 5 Monaten Gefängnis.

Burg, 8. Juli. (Es hat ihm gefallen.) Der Eisenbrecher Heinrich W. brach im November 1918 in das Hamburger Engroslager von Levin ein und schleppte in einem mitgebrachten Sack so viel Kleidungsstücke fort, wie er tragen konnte. Ein Jahr später wiederholte er den Einbruch, nahm aber zwei Säcke mit und verkaufte darin wieder allerhand Kleidungsstücke. Beide Male verkaufte er die Beute im einzelnen. Das Landgericht sah die Taten mit an und verurteilte den Angeklagten für beide Diebstähle zu 1 Jahre Gefängnis und rechnete noch 4 Wochen auf die Untersuchungshaft an.

Kreis Ochersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 8. Juli. (Sozialistische Stadträte.) Die Stadtverordneten-Versammlung wählte den Sozialdemokraten Professor Fallt (Steglich) und den Unabhängigen Regierungsrat Kibner (Minden) zu besetzten Stadträten.

Halberstadt, 8. Juli. (Einer Unsitte zum Opfer gefallen.) Das leichtsinnige Betreten der Eisenbahngleise hat wieder einen Menschen das Leben gekostet. Auf dem Bahnhof in Erxleben versuchten eine Frau und ein Mann bei geschlossener Schranke vor einem herannahenden Zuge das Gleis zu überschreiten, um nach dem auf dem Nebengleis haltenden Zuge zu gelangen. Die Frau kam noch auf dem Gleis hinüber, der Schneidernmeister Weining aber wurde von der Maschine des Zuges erfaßt und bis zur Unkenntlichkeit zermalmt.

Kreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 8. Juli. (Maßnahmen gegen die Felddiebstähle.) Der kommissarische Landrat Genosse Rosenbruch hat eine bemerkenswerte Polizeiverordnung zur wirksamen Bekämpfung der Feld- und Forstdiebstähle erlassen. Danach ist das Betreten der Aecker, Wiesen, Mälder und Feldwege sowie das Mitführen von Feldfrüchten von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.

Kreis Salzwedel-Gardelegen.

Weserlingen, 8. Juli. (So läßt's sich leben.) Der Landwirt Wilhelm Gering in Döhren hatte in seiner Vorratskammer 8 Speckseiten, 10 Schinken, 100 Pfund Dauerwurst und 120 Pfund Nip- und Lederwurst aufgespeichert, die einen Wert von mehr als 13 000 Mark darstellten. Der vorortliche Durchhalter konnte sich jedoch seiner großen Fleischvorräte nicht lange erfreuen. Andre wollten auch von dem Ueberfluß etwas haben. Nur war es nicht etwa die Verböde, die eine gerechte Verteilung dieser schönen Sachen vornahm, sondern Diebe bemächtigten sich der gesamten Vorräte, so daß die Waren der Allgemeinheit doch nicht zugute kommen konnten. Einer der Diebe, der Fabrikarbeiter Friedrich K., konnte der Tat Abstrich werden und erhielt vom Landgericht 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Sport und Spiele.

Ein Reichs-Arbeitersporttag.

Sport braucht Propaganda. Wir Arbeitersportler haben bisher von diesem Mittel zu wenig Gebrauch gemacht, wir haben stets darauf gepocht, daß der organisierte Arbeiter sich sportlich nur in unsern Vereinen betätigen darf und nicht in bürgerlichen Vereinen, die seinen politischen und wirtschaftlichen Interessen zum Teil feindlich, immer aber gleichgültig gegenüberstehen. Wir müssen uns eingestehen, daß wir das Solidaritätsgefühl vieler Arbeiter überschätzt haben, daß ein großer Teil befähigter Sportler zu den bürgerlichen Vereinen gegangen sind, weil sie dort nach ihrer Meinung mehr zur Geltung kommen. Die bürgerlichen Vereine versehen es auch ausgezeichnet, Leute anzuloden und festzuhalten, sie treiben durch ihre Veranstaltungen und deren Aufmachung Meßkame größten Stiles und geben damit dem Ansehen des Sportes in ihren Kreisen ein festes Gepräge und heben es ganz bedeutend, während in der Arbeiterpartei jeder Sport leider immer noch den Weigeschmack der Spielerei hat. Dieser Mangel muß beseitigt werden und es muß Platz für Anschauungen geschaffen werden, daß Körperpflege und Sport Faktoren sind, die einen festen Bestandteil in unserer Erziehung und Daseinsbetätigung bilden. Wie kann dies erreicht werden? Eben dadurch, daß auch wir Veranstaltungen großen Stiles treffen und auf unsern guten Sport zeigen.

In Berlin geschieht es schon jetzt in den Stadion-Sportfesten der Arbeiterpartei. In jedem Jahre muß eine alljährlich wiederkehrende Veranstaltung, an der sich alle Vereine beteiligen

Golzfener bereitete, spielten rote, fladernde Röcher auf die Steinfliesen. Boule, eine große Kugel, sah schon zusammengeballt in einer Ecke, die Ohren in unruhiger Bewegung. Wilhelm zwischen der geschlossenen Lidern misstrauisch beobachtend. Aramis dagegen, der große Hund, der einfach Aramis gerufen wurde, strich schweißbedend um ihn herum und legte schmeichelnd seinen plumpen Schädel auf Wilhelms Knie, ihn mit den folgebereiten Augen betrachtend, mit denen ein Hund seinen Herrn ansieht.

Bei Tisch fragte ihn Frau Veroug, ob er verheiratet sei. „Ja, bin verheiratet, Madame, seit zwei Monaten.“ „Saben Sie Kinder?“ „Ja, Madame, zwei Mädchen.“ „Die armen Kleinen! Und wo sind sie?“ „Drunten, im Kloster.“ „Und wer kümmert sich um sie, während Sie hier arbeiten?“ Wilhelm machte eine hilflose Gebärde: „Niemand.“ „Niemand? Und warum nehmen Sie die Kinder nicht mit?“ Sie hatte es mit natürlicher Spontanität gesagt. Wilhelm sah sie überrascht, fast bestürzt an. „Ich weiß nicht, ob ich darf.“ „Und warum denn nicht? Wenn die armen Kleinen keine Mutter mehr haben, müssen sie unter der Aufsicht des Vaters sein.“ „Ja, aber... die essen.“ „Ahl sie essen? Sie haben also Angst, Ihre Kinder nicht ernähren zu können?“ Sie sah ihn streng an, während Wilhelm ein sonderbares Würgen in der Kehle bekam. „Und welches Alter haben die Kleinen?“ „Fünf und zweieinhalb Jahre.“

„Ahl die armen Kleinen! Und wie heißen sie?“ „Die ältere heißt Louise, die jüngere Anna.“ „So was! Das sind ja französische Namen.“ Wilhelm mußte lächeln. „Entschuldigen Sie,“ fuhr die Frau in ihrem Examen fort, „ich habe vergessen, nach Ihren Namen zu fragen.“ „Ich heiße Picard.“ „Wie? Sie glaubte schlecht verstanden zu haben.“ „Picard, Madame.“ „Picard? Aber das — das ist doch ein französischer Name?“ „Ja, mein Vater war Franzose.“ Frau Veroug sah Wilhelm verblüfft an. „Und Sie selber?“ „Ich? — Ich bin Deutsche.“ „So was! Das ist komisch. Ich weiß nicht, wie die Deutschen aussehen, ich habe noch keine gesehen, aber schön stelle ich mir sie nicht vor. Sie aber sehen ganz wie ein Franzose aus. Als ich Sie heute früh ankommen sah, glaubte ich, daß man sich geirrt hätte. So was! Das ist doch komisch. Und wie sind Sie Deutsche, wenn Ihr Vater Franzose war?“ Wilhelm erzählte in wenigen Worten die Geschichte seines Vaters, beschwieg jedoch den wahren Grund, weshalb dieser in Deutschland geblieben war und sagte, daß er als Gefangener sich in seine Mutter verliebt und sie dann geheiratet habe. „So was! Das ist doch komisch,“ rief die gute Frau immer wieder aus. Und nachdenklich fügte sie hinzu: „Und warum nicht? Warum soll ein Franzose eine Deutsche nicht gern haben? Schließlich sind die Deutschen Menschen wie wir. Ich bin überzeugt, Ihr Vater hat mit Ihrer Mutter sehr glücklich gelebt. Ist es nicht so?“ „Ahl ja,“ sagte Wilhelm mit kindlicher Rührung, „ich erinnere mich nicht, daß sie sich jemals gestritten hätten.“

(Fortsetzung folgt.)

müssen, abgehalten werden. Als Termin muß ein Tag bezeichnet sein, der sich über das ganze Reich erstreckt — Reichs-Arbeiterforttag. Jede Sportart muß mit nur guten Darbietungen vertreten sein und nur Belungen zur Vorführung bringen. Dann wird es sich zeigen, daß wir Arbeiterforttag den Vergleich nicht zu scheuen brauchen und daß jeder Sportler auch in unsern Vereinen das findet, was er angeblich nur in den bürgerlichen Vereinen besitzt. Wo heraus aus den bürgerlichen Vereinen und hinein in die Arbeiter-Sportorganisationen!

Für das Jahr 1921 ist der erste Reichs-Arbeiter-Sporttag zum Sonntag den 29. Mai geplant. Dieser muß auch hier am Ort eine große sportliche Demonstration werden. A. D.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Fußball: Resultate vom 4. Juli 1920. Sportklub Fichte 1 Magdeburg — Wacker Neubrandenburg 1:2. Sportklub Fichte 1 Magdeburg — Wacker Neubrandenburg 2:3. Turnverein Jahn 1 Osterleben — Eintracht 1 Fernerleben 5:2. Sportfreunde 11 Magdeburg — Fußballturn Sturm 1 Schönebeck 4:3. Sportfreunde Jugend Magdeburg — Germania Jugend Burg 1:2. Spiele am 11. Juli 1920. Auf dem Ravelinplatz Mitternachts-Sportklub Fichte mit 2 Mannschaften — Freie Turner Fernerleben, Beginn 1/2 und 4 Uhr. Auf der Sternwiese: Fußballklub Fichte 1 — Eintracht 1 Fernerleben, Beginn 3 Uhr.

Kleine Chronik.

Frauenmord in Berlin. Am 30. Juni erlitten in einem Pensionat in der Marienstraße ein Paar, mietete auf eine Woche ein Zimmer und zahlte den Logispreis im voraus. In das Fremdenbuch trug es sich als der am 2. Mai 1887 zu Köln geborne Photograph Emil Schubert und Ehefrau Agnes, geborne Seifert, geboren am 10. Oktober 1898 zu Gimsbüttel, ein. Der Wirtin gegenüber äußerte das Paar, daß es von Berlin nach einem süddeutschen Badeort gehen wolle. Es hatte auch für die Abreise einen bestimmten Tag vorgegeben, jedoch den Zug verpaßt und war dann wieder in die Pension zurückgekehrt. Die Wirtin sollte Mittwoch vormittag vom Stettiner Bahnhof aus erfolgen. Der Mann hatte sich gestern Abend noch zwei Flaschen Bier aus einem benachbarten Lokal geholt; diese mit seiner angebliebenen Gattin ausgetrunken und sich dann mit ihr entfernt. Die Rückkehr der Pensionsgäste hörte die Wirtin nicht. Am Mittwoch vormittag sah sie im Zimmer nach. Zunächst sah sie nur das leere Zimmer. Die beiden Leberlöffel waren verschunden, ebenso der Hund. Als sie ein Bett zurückschlug, fand sie darin die Leiche der angeblichen Frau Schubert. Auf dem Tische lag eine an die Kriminalpolizei gerichtete Aufzeichnung mit folgender Aufschrift: „An die Kriminalpolizei! Wir haben beschossen, beide aus dem Leben zu gehen, weil unüberwindliche Schwierigkeiten ein Zusammenleben nicht gestatten. Wenn Sie dieses lesen, wolle auch ich nicht mehr unter dem Leben.“ Entweder ist dem Manne die Absicht, selbst aus dem Leben zu scheiden, leb geworden, oder er hat gar nicht daran gedacht, denn er hat alles, was das Paar bei sich führte, mitgenommen. Zurückgeblieben sind nur die Kleidungsstücke der Ermordeten, die diese am Abend vorher getragen hatte. Der angebliche Schubert wird jetzt eifrig von der Kriminalpolizei gesucht. Er ist mittelgroß und blond und trug eine gestreifte Hose, einen schwarzen Cutaway und einen schwarzen, eingeknipften Hut.

Schweres Säbenerunfall in Oberschlesien. Auf der Paulshütte bei Maschin, Abteilung für Bleigewinnung, ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Mann mit 1500 Zentnern Kleidung stürzte, wahrscheinlich infolge Bruches einer Schiene, herab. Dabei wurden vier Arbeiter getötet und 20 teils leicht, teils schwer verletzt.

Zehn Waggonen Pulver explodiert. In einem Fort in Bukarest explodierten zehn Waggonen Pulver. Der Erdboden wurde an vielen Stellen aufgerissen. In der Umgebung der Stadt wurden zahlreiche Fenster eingeschlagen. Da das Fort in Flammen steht und weitere Explosionen erfolgen, ist es unmöglich, sich dem Schauplatz zu nähern. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Eine gekündete Millionenunterstützung. Vor der Strafkammer des Landgerichts 8 in Berlin hatte sich am Dienstag der frühere Bankvorsteher Paul Juwig wegen seiner großen Unterschlagungen, die er jahrelang zum Schaden der Deutschen Bank verübt hatte, zu verantworten. Der Angeklagte trat vor 21 Jahren in den Dienst der Deutschen Bank und brachte es zum Kassierer und bald darauf Bankvorsteher und Leiter der Depositenkassette UW an der Wilmersdorfer Straße zu Wilmersdorf. Nachdem er durch fehlerhafte Spekulationen das Vermögen seiner Frau in Höhe von 110 000 Mark verloren hatte, bezifferte er sich an den Geldern der Bank. Im ersten Jahr unterschlug er nur 800 Mark, im zweiten 84 000 Mark, 1917 schon 191 000 Mark, 1918 200 000 Mark und 1919 562 000 Mark. Diese Gesamtsumme von 1 088 000 Mark ermächtigte sich, da Juwig von den Einzelbeträgen immer einen Teil zur Deckung der früheren Veruntreuungen verwandte, auf 660 847 Mark. In der Verhandlung war der Angeklagte in vollem Umfang geständig. Der von der Verteidigung geladene Gerichtsarzt Dr. Lehnen befandete, daß Juwig ein infolge erblicher Belastung erheblich minderwertiger Mensch sei. Das Urteil lautete auf 3 1/2 Jahre Gefängnis; von der Verbannung der Ehrverluststrafe wurde Abstand genommen.

Durch einen unklugen Selbstmord getötet. In einer Kammerecke in Potsdam sollte ein Geldschrank umgekehrt werden; auf der Schwelle kam ein Arbeiter zu Falle. Der Schrank kippte um und fiel auf den Polizeiwachmeister Wallerstein. Als man den Beamten hervorholte, war er bereits tot.

Das Luftbegräbnis. Das erste Luftbegräbnis ist der in San Francisco verstorbene greise Jugendschriftstellerin Sarah Brown zu Teil geworden. Sie ließ ihre Asche über die Freiheitsfahne in die Lüfte streuen.

Massenmörder Schumann vor Gericht.

Unter kolossalem Andrang des Publikums begann am Montag morgen der Prozeß gegen den Falkenhagener Massenmörder, den Schlosser Friedrich Schumann aus Spandau, vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 in Berlin.

Der Angeklagte Schumann wird an den Händen gefesselt vorgeführt. Auf dem Zeugentisch liegen zwei Leberlöffel, gefüllt mit Kleidungs- und Wäschegegenständen der weiblichen Opfer eines Lustmörders.

Nach der Anklage wird Schumann beschuldigt: des Mordes in sieben Fällen, des versuchten Mordes in elf Fällen, in zwei Fällen der vorsätzlichen Brandstiftung mit Mordabsicht (Mordbrennerei), der Notzucht in vier Fällen, des Versuchs dieses Verbrechens in zwei Fällen und des versuchten und vollendeten schweren Diebstahls in acht Fällen.

Nach Auslösung der Geschworenen und Verlesung des Eröffnungsverfahrens gab der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, eine Erklärung ab, die besagt, daß er lediglich als „eine Art Folgerede im Sinne des § 140 der Strafprozeßordnung, welcher bestimmt, daß jede vor dem Schwurgericht angeklagte Person einen Verteidiger haben muß“, in diesem Falle fungiere, und daß er von Amts wegen zum Verteidiger bestellt worden sei. Wirklich sagt er u. a.: „Wenn Sie die Kriminalgeschichte des letzten Jahrhunderts aufmerksam verfolgen, so werden Sie keinen Kriminalfall finden, in welchem mit einer gleichen

Grausamkeit und Unmenschlichkeit.

eine ganze Reihe von Personen systematisch abgeschlachtet worden ist wie in dem vorliegenden Fall. Ich beschränke, daß ein Mensch, der im Besitz seiner fünf Sinne ist, instande ist, der-

artig Wohlüberlegte, Bleistift roste, das Mauthier in der Wildnis an Bluthurk und unheimlicher sexueller Gier nach übertriebene Verbrechen zu begehen. Ich beschränke, daß hier ein Mensch mit gefundenen Sinnen hinter mir steht. Wissen Sie es, wissen es die Menge, ob hier nicht eine krankhafte Entartung des Gehirns vorliegt? Entweder ist der Angeklagte kein Mensch oder aber

er ist ein Wahnsinniger,

dessen Krankheit vielleicht nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft der Psychiatrie nicht genügend erkennbar ist. Zwei anerkannte Fachleute, die Geheimräte Dr. Hoffmann und Straßmann, haben in einem Gutachten sich dahin geäußert, daß vielleicht eine gewisse Minderwertigkeit vorliegt, aber der § 51 nicht in Anwendung komme. Ich kann mich mit diesem Gutachten nicht anfreunden. Nach reiflicher Überlegung kann ich meiner Pflicht als Verteidiger nur dann gerecht werden, wenn ich jetzt hier den Antrag stelle, ein Gutachter der obersten preussischen Medizinalbehörde, des Medizinalkollegiums, einzuholen.

Staatsanwalt Dr. Steinbrecher widerspricht diesem Antrag.

Auf die Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten, wie er sich dazu stelle, erklärt Schumann: Ich habe gar kein Interesse daran, ich habe die Straftaten nicht begangen.

Geheimrat Prof. Dr. Straßmann erklärt, daß er bei dem Angeklagten gewisse Entartungserscheinungen festgestellt habe. Die Möglichkeit sei vorhanden, daß er im Laufe der Verhandlungen selbst noch den Antrag auf längere Beobachtung und Einholung eines Obergutachtens stellen muß.

Von Rechtsanw. Dr. Frey wurde der weitere Antrag aus § 88 St.P.O. gestellt, nach welchem das Gericht die Begutachtung eines Angeklagten durch dieselben Sachverständigen oder andere anordnen kann, wenn es die bisherigen Gutachten für nicht ausreichend erachtet.

Das Gericht gab diesem Antrag unter Ablehnung des ersten statt und beschloß, nach dem Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann und den Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Stoermer hinzuzuziehen.

In seiner Vernehmung befrucht der Angeklagte, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Auf Vorhalt des Landgerichtsdirektors Pioletti, daß er doch vor der Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis abgelegt habe, erklärte Schumann, er sei von den Begleitern des Kriminaloberwachtmeysters Lehmann in dessen Einverständnis mit einem Briefbeschwerer, einem Gummirschlauch und andern Gegenständen schwer mißhandelt worden, so daß er aus Angst alles bejaht habe, was ihm vorgehalten sei. Er sei auf keinen Fall der Täter, die Sachen der Ermordeten, die bei ihm gefunden worden seien, habe er im Walde gefunden. Eine an seinem Arme sichtbare Schußwunde rühre daher, daß er selbst von einem unbekanntem Mann im Wald angefallen worden sei.

In der Nachmittagsverhandlung wurde die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Landgerichtsdirektor Pioletti hielt dem Angeklagten vor, daß die Schußwunde des Angeklagten nach Behauptung der Anklage bei dem Zusammenstoß mit dem Forstgehilfen Niebock am 18. August v. J. entstanden sei. Der Angeklagte soll hierbei nach Behauptung der Anklage ohne Veranlassung auf Niebock zwei Schüsse abgegeben haben. Niebock selbst gab aus kurzer Entfernung einen Schrotschuß ab. Einige Tage später erlitten der Angeklagte bei dem praktischen Arzte Dr. Tepling in Spandau, um sich verbinden zu lassen. Wie Dr. Tepling als Zeuge bezeugte, habe ihm Schumann damals erzählt, er habe die Verletzung auf offener Straße erhalten und zwar, wie er vermutete, durch eine auf die Schienen gelegte Sprengpatrone. Im Laufe der Untersuchung habe er, Zeuge, Verdacht geschöpft, daß Schumann

der Mörder des Niebock sei,

und habe heimlich durch seine Frau die Kriminalpolizei holen lassen, die Schumann verhaftete.

Der gerichtliche Sachverständige für das Schießwesen, Gewehrfabrikant Max Varella, bezeugte, daß die in der Jacke und dem Rock des Angeklagten feststellbaren Löcher zweifellos auf einen Schrotschuß zurückzuführen seien. Der Sachverständige bezeugte ferner, daß die in den Leichen gefundenen Geschosse sowie die an den Tatorien gefundenen Patronenhülsen zu einer Parabelumpistol (Armeepistole 08) passen. Eine solche Pistole sei auch bei dem Angeklagten gefunden worden.

Medizinalrat Dr. Stoermer erklärt, daß er den Angeklagten noch heute untersuchen und Kenntnis von dem Alkoholgehalt nehmen wolle. Hieron hänge es ab, ob er am Dienstag den Antrag auf Unterbringung und Beobachtung des Angeklagten in einer Irrenanstalt stellen werde oder nicht.

Die Verhandlung wird hierauf auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Zu Beginn der Sitzung am Dienstag betonte Rechtsanwalt Dr. Frey, daß seine gestrigen Anträge vielfach mißverstanden seien. Es liege ihm nichts ferner, als einen notorischen Verbrecher seiner verdienten Strafe zu entziehen. Wenn aber schon im Gulenburg-Prozeß auf einen einfachen Antrag hin das Medizinalkollegium zusammengerufen sei, so müsse das auch in diesem Falle möglich gemacht werden. Was der Angeklagte getan habe, könne nur ein geistig Kranker getan haben. Daher beantrage er Überweisung des Angeklagten in eine Irrenanstalt.

Anzuweisen wurden zur Kenntnisnahme der Sachverständigen die Verwandten des Angeklagten über dessen geistige Beschaffenheit vernommen. Frau Anna Schumann, die Ehefrau des Angeklagten, schildert diesen als einen Mann, der ihr oft Angst eingejagt hat, weil er ein komisches Wesen zeigte. Er hat sie wiederholt geschlagen und bedroht, wenn sie ihm Vorwürfe über spätes Nachhausekommen machte. Er ist oft bei geringen Anlässen gleich in gewaltige Wut geraten, wobei seine Augen rollten. Getrunken hat er nicht und auch wenig geraucht. Er wurde

sehr leicht jähzornig.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey, ob der Angeklagte nicht auch sehr fromm gewesen sei, bezeugt die Zeugin, daß Schumann sehr häufig in die Kirche gegangen sei. Auf Veranlassung der Geheimräte Dr. Leppmann und Doktor Stoermer geht die Zeugin auch auf das Sexualleben des Angeklagten ein und schildert, daß er stets eine Frau erschlagen mußte, um dann zärtlich zu werden. Hierbei benahm er sich aber auch wie ein rasendes wildes Tier. Die Zeugin schildert dann verschiedene intime Dinge aus ihrem Eheleben, welche auf einen ziemlich stark ausgeprägten sadistischen Erieb bei dem Angeklagten schließen lassen. Auf Fragen des Staatsanwalts Dr. Steinbrecher, des Rechtsanwalts Dr. Frey und des Geheimrats Leppmann bezeugt die Zeugin noch, daß der Angeklagte keinen fröhlichen und glücklichen Menschen habe sehen können, er sei häufig plötzlich aus einer Gesellschaft fröhlicher Menschen weggelaufen. Sonst sei er ein ordentlicher Mensch gewesen, habe stets fleißig gearbeitet und habe ihr, Zeugin, fast seinen ganzen Wochenlohn abgegeben.

Eine Frau Erdmann, die Lante des Angeklagten, bezeugt u. a., Schumann habe schon als kleines Kind es sehr schlecht gehabt. Der Vater habe ihn einmal an den Weinen gepackt und

mit dem Kopf an die Wand geschlagen,

bis Nachbarnleute hinzukamen und ihm das Kind entriffen. Der Angeklagte sei stets ein lieber guter Junge gewesen, der gemeint habe, wenn jemand einer Fliege ein Bein oder einen Flügel ausreißt.

Im Anschluß daran wurde dann zur weiteren Information der medizinischen Sachverständigen der Kriminaloberwachtmeyster Bohmann als Zeuge aufgerufen, der zunächst unbeeidigt ver-

nommen wird. Je länger je mehr gundacht und die Behauptung des Angeklagten eingehen, daß er mißhandelt und zu den Verurteilungen gezwungen sein soll. Unter meinem Zeugnis befinde ich, daß Schumann von mir weder geschlagen noch mißhandelt worden ist. Auch ist mir nichts davon bekannt, daß ihn meine Beamten etwa geschlagen haben. Der Zeuge geht dann auf die Vernehmungen im einzelnen ein. Dabei verhielt er sich zunächst als unbeeidigter Zuschauer und nicht als Kriminalbeamter.

Unter allgemeiner Spannung gibt nunmehr als

erster Sachverständiger Medizinalrat Dr. Leppmann

sein Gutachten ab. Er äußert sich über die Frage, ob der Antrag auf Grund des § 81 zu stellen ist, den Angeklagten zwecks Vorbereitung eines Gutachtens in einer öffentlichen Irrenanstalt unterzubringen. Medizinalrat Leppmann: Wir sind zu der Überzeugung gekommen, den Antrag nicht zu stellen, weil wir schon jetzt glauben, daß das Tatsachenmaterial über den Geisteszustand des Angeklagten erschöpfend ist und wir auch genügend über seinen Lebenslauf in verbrecherischer und sozialer Beziehung unterrichtet sind. Massenverbrechen kommen meistens nicht so plötzlich zustande, sie entstehen vielmehr dadurch, daß die ersten Taten nicht entdeckt werden und dann der Täter immer neue begeht. Daher ist von großem Interesse, daß der Angeklagte schon im Jahre 1912 eine Frau getötet hat. Solche Leute sagen sich, entweder kommt es nicht heraus, oder es wird nicht in schluß. Wir können den Kopf aus der Schlinge ziehen. Daher kommt es dann, daß solch ein Mann zum Gewohnheitsmassenverbrecher wird. Daß man es hier mit solchen ungeheuerlichen Taten zu tun hat, sagt noch nicht, daß der Angeklagte geisteskrank sein muß. Er zeigt allerdings gewisse erhebliche Belastung. Dann haben auf ihn die Zungen in der Schule mit dem Finger gezeigt, das ist ja der Sohn eines Buchhändlers. Daraus entstand ein Weltschmerz und daß auf die Menschheit bei dem Angeklagten, und deshalb mag von Jugend auf ein Menschenleben bei ihm schon nicht viel gegolten haben. Er hat die Tat auch nicht als Epileptiker in einem Dämmerzustand ausgeführt. Die Möglichkeit, daß er die Tat in einer krankhaften Erregung des Geisteszustandes begangen hat, ist nicht vorhanden, denn auch eine geistige Minderwertigkeit ist ihm nicht zuzusprechen.

Medizinalrat Dr. Stoermer kam im wesentlichen zu einem gleichen Gutachten.

Die Verhandlung wird darauf auf Mittwoch vertagt.

Vereine und Versammlungen.

Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Eine Versammlung aller in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge tätigen Beamten des Regierungsbezirks Magdeburg fand am Montag den 6. Juli im Stadtvorordneten-Sitzungssaal in Magdeburg statt. Direktor Schöppe sprach über die Schwerbeschädigten- und Organisationsfrage. Er schilderte in der Hauptsache Aufgabe und Organisation der neuorganisierten Hauptfürsorgestelle für Schwerbeschädigte für die ganze Provinz Sachsen in Merseburg. Der Sitz dieser Stelle sei sehr ungünstig gelegen. Das Zusammenarbeiten der Zentralstelle mit den einzelnen örtlichen Fürsorgestellen lasse noch sehr zu wünschen übrig. In den einzelnen Orten muß ein engeres Hand-in-Hand-Gehen zwischen der Fürsorgestelle und dem Arbeitsnachweis stattfinden. Der Aufbau der Hauptfürsorgestelle in Merseburg ist folgender: Die erste Abteilung umfaßt die Kartothek und Registratur, in der alle Schwerbeschädigten der Provinz verzeichnet sind. Die zweite Abteilung ist die eigentliche Fürsorgestelle. Sie bearbeitet die einzelnen Fälle. Die dritte Abteilung ist die Stellenvermittlung. Ihre Aufgabe ist die schnellste Unterbringung der Schwerbeschädigten. Herr Böckler von der städtischen Fürsorgestelle in Magdeburg schilderte die Einrichtung dieser Stelle. Den Kriegsbeschädigten muß Abfertigung durch Arbeit verschafft werden. Gut sei es, die Verletzten einzeln an verschiedenen Stellen unterzubringen, nicht zusammen. Herr Weisler, Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, betont, daß die Hilfe zu langsam gehe. Die Fürsorgestellen sollten auch auf die Arbeitergeber einwirken, daß den Verletzten ein angemessener, anständiger Lohn gezahlt wird. Auf keinen Fall dürfe die Rente auf den Lohn angerechnet werden. Einige weitere Redner führten aus, daß sich die ganze Fürsorge noch in den Kinderstufen befinde. Vor allem müsse die nebenamtliche Erledigung aufhören. Nach mehrstündiger Aussprache referiert Landesrat Freiherr von Schleinitz über „Das Reichslosgesetz“. Dieses schafft die seitliche Teilung in eigentliche und ergänzende Fürsorge für Kriegsbeschädigte ab und regelt die Fürsorge einheitlich. Es werden vier Fünftel der Gesamtkosten vom Reich übernommen. Der Rest soll vom Land oder den Gemeindeverbänden getragen werden. Obgleich das Gesetz schon am 1. April 1920 in Kraft getreten ist, fehlen bis jetzt die Ausführungsverordnungen. Dem Vortrag folgte ebenfalls wieder eine längere Aussprache, die sich besonders auf die Hilfe für die Kriegshinterbliebenen bezog. Außer den in den neuen Kriegsbeschädigten-Gesetzen vorgesehenen Renten usw. lehnt das Reich keine weitere Hilfe ab. Die fertigen Ausgleichs- und ähnlichen Unterstellungen hören mit dem 1. August auf. Will die Gemeinde darüber hinaus etwas leisten, muß sie das aus eignen Mitteln tun. Die Krankenhilfe soll in der Weise geregelt werden, daß die Gemeinde die Kriegshinterbliebenen bei der zuständigen Ortsrentenkasse versichert. — Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Vortrag mit Aussprache über das neue Reichsverfassungsgesetz. Referent war Genosse Wiech aus Halle, der es auch an mancher Kritik nicht fehlen ließ. Die Aussprache zeitigte viele Anregungen.

Theater, Konzerte etc.

Städtische Theater. Illudria-Theater. Heute Freitag, zum ersten Male: „Doris und ihre Männer“; Sonnabend: „Die Fahrt ins Blaue“; Sonntag: „Wilde Frau“.

Vereins-Kalender.

Turnverein Fichte, Abt. Spandau. Am Sonnabend den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Abteilungsverammlung 5. Stübemann-Turnfest. 17. Jahrgang. **Schwimmverein Freya.** Freitag den 2. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung bei Eickstedt, Knochenhauerufer 23. (2119) **Groß-Osterleben.** Mieter-Vau- und Sparverein. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Neuberg. (2123) **Groß-Osterleben.** Allgemeine Kranken- und Sterbefälle. Sonntag den 11. Juli, vormittags von 11 bis 1 Uhr, Abgeordnetensaal bei Neuberg. (2124)

Wasserstände.

Ort	7. 7.	Wass. Wuchs	Ort	7. 7.	Wass. Wuchs
Darobitz	7. 7.	—	Düben	7. 7.	—
Brandeb.	—	—	—	—	—
Meinl	—	—	—	—	—
Lehmstedt	—	—	—	—	—
Ullers	—	—	—	—	—
Dresden	8. 7.	—	—	—	—
Zorgau	—	+ 0,96	—	—	—
Wittenberg	—	+ 2,15	—	—	—
Roblau	—	+ 1,44	—	—	—
Alten	7. 7.	+ 1,6	—	—	—
Barby	8. 7.	+ 1,5	—	—	—
Magdeburg	—	+ 1,10	—	—	—
Zangermhde	—	+ 1,78	—	—	—
Wittenberge	—	+ 1,27	—	—	—
Remen	7. 7.	—	—	—	—
Dömitz	—	—	—	—	—
Darobau	8. 7.	—	—	—	—
Polzgenburg	7. 7.	—	—	—	—
Sohnstorf	8. 7.	+ 0,67	—	—	—

Wettervorhersage.

Freitag den 9. Juli. Deutsche Wetter, sonst besser, trocken, sehr warm.

Preiswerte Angebote für die Reise- u. Ferienzeit

Herren-Artikel

Strohplätt, moderne grabrandige Formen	35.00	25.00	19.50	16.50
Strohplätt, moderne Farben	21.50			
Reifenläden	4.90	2.28	1.85	1.25
Westengürtel	38.50	37.50	35.00	
Weiche Garnituren, farbige, Vorhemd u. Kragen Garnitur	19.50			
Weiche Kragen, weiß und beige	7.75	6.50	5.95	
Weiche Vorhemden, weiß und farbige	5.95	4.95	3.95	
Gelbkleiden, breite Form	12.00	8.50	4.50	
Strickkleiden, Kunstseide	25.00			
Sportkleiden für Herren	59.50	49.50		
Sportkleiden für Herren	95.00	85.50		
Strickkleiden mit Einsätze	71.00	68.00	65.00	

Waldhonzüge für Knaben . . . 40.50 38.00 **35.50**

Strümpfe

Damenstrümpfe, Baumwolle, englisch lang, schwarz	Paar 17.50
Damenstrümpfe, Fior, moderne Schuhfarben, Doppelsohle, Spitze und Hochferse	Paar 23.50
Damenstrümpfe, Baumwolle, leberfarben, ohne Naht	Paar 24.50
Damenstrümpfe, Fior, schwarz, Doppelsohle, Spitze und Hochferse	Paar 29.50
Damenstrümpfe, prima Seidenfaser, mit elegantem Durbauch, Doppelsohle, Spitze und Hochferse	Paar 39.50

Handschuhe

Damenhandschuhe ohne Finger, weiß, schwarz, farbige	Paar 55 38 25
Damenhandschuhe ohne Finger, reine Seide, schwarz, Paar	95
Damenhandschuhe mit Finger, 2 Druck, weiß, durchbrochen	Paar 1.50
Damenhandschuhe mit Finger, 2 Druck, reine Seide, schwarz	Paar 2.75
Damenhandschuhe mit Finger, 2 Druck, Seidenart, weiß	Paar 4.50
Damenhandschuhe mit Finger, 2 Druck, reine Seide, schwarz	Paar 4.75

Regenschirme für Damen . . . 135.00 104.00 95.00
für Herren . . . 109.00 98.50 42.50

Damen-Wäsche

Unterhosen aus gutem Leinwand mit Steiderel	26.50	19.50	16.50
Damen-Steiderel, Anle u. gerade Form, mit Steiderel	35.00	32.00	29.50
Damen-Steiderel aus gut. Wäschstoff in Steiderel u. Einsätze	55.00	45.00	35.50
Korsetts aus guten Stoffen, moderne Formen	42.50	36.00	29.50

Wabekörbchen	88.00	54.00	51.50
Wabekörbchen	1.95		
Wabekörbchen	22.50		
Wabekörbchen	39.00		
Wabekörbchen	118.00	80.00	

Mützen und Jackenträger, neue Form	28.00	22.50	16.50
Moderne Jacken	14.50	6.95	4.25
Reifekorb in vielen Farben	32.00		
Kinder-Matrosengarnituren	24.50	19.50	12.75
Kleider Knuten	5.50	2.50	2.75
Strickkleiden, einfarbig und bunt	32.00	28.75	26.50
Robenkleid, Seide, einfarbig und Schotten	16.50	13.50	11.50

Mützen-Kragen und Garnituren a. gut. Stoff 4.50 2.75 1.35
Kinder-Kragen und Garnituren a. guten Stoff 3.75 2.75 1.95 85

Reifschüte, Filz	18.50	12.50
Reifschüte, imprägniert	42.00	32.00 26.50 22.75
Reise-Filzhüte, in weiß und modernen hellen Farben	110.00	78.00 65.00
Moderne Schieber	10.50	7.50 5.50 4.50
Seidene Kavaliershüte	14.00	10.50 6.50
einfarbig	18.50	15.00 11.50 7.25
Seiden-Taschentuch, Reineinen	5.75	
Basis, mit Hofstaum	5.75	
Seiden-Taschentuch, gebrauchsfertig, gute Qualität	5.75	
Damen-Taschentuch, Schweizer Steiderel-Edel	2.75	
Damen-Taschentuch, weiß Basis, mit Hofstaum	1.85	

Für Ferienkleider!
Dirndlstoffe Musselin, Satin, Kreoline Meter 22.00 **16.50**

Reisetasche, Segeltuch	75.00	79.00	85.00
Reisetasche, Kunstleder	95.00	106.00	105.00
Reisetasche, Rostform, Ersatzstoff, 48 cm	40.00		
Reisetasche, Leder, Kautschuk, 40 cm	70	75 cm	295.00
Compétoffer, „Markt Diamant“	105.00	108.00	
Compétoffer, mit 2 Schlüssel, Messingstücken	174.00		
2 Patentklappen und Einsätze	219.00		
Compétoffer, Segeltuch, gute Ausführung	340.00		
3 Schlüssel, Metallantennensystem und Einsätze	338.00		
2 Schlüssel, mit Einsätze	3.00		
Koffer-Anhänger, Leder	35.00		
Reisetasche, Leder, 75 cm lang	1.00		
Reisetasche zum Anhängen, Leder	2.00		

Reisetaschen, Schwammbeutel, Rucksäcke
Reiseneccessaires in großer Auswahl !!

Bücher für die Reise

Mitteilbücher, geb. 4.80	2.20	geb. Romane u. Novell.	3.50
Kriminalromane, broschiert	2.45	Romane, darunter Courtlye	4.90
Waldromane, geb.	3.50	Romane, geb. von Philipp	6.95
ungefähr, illustriert	3.50	Galen	

Weltromane, gut gebd.	7.50	Eleg. geb. gr. Romane	13.20
darunter:		Courtesy-Mahler:	
Kultur, Die letzten Tage von Pompeji		— Das Drama von Moskau	
Drachvogel, Friedensman Bach		— Die Herrin von Neubach	
Clara, Joanhae		— Die Abkömmlinge u. a. m.	
Dumas, Die drei Musketiere		Anni Wolke:	
Wallace, Ven Sur		— Ragna Svendsdottir	
		— Die Schöne von Wörth	
		— Warum? u. a. m.	

Andenken aller Art mit Ansichten von Magdeburg
in großer Auswahl von 1.25 bis 14.50

Damen- und Herren-Handschuhe aus Lederriemen geflochten	Paar 7.50	Reisebrosche, Metall	65
Papa-Handschuhe für Damen und Herren	Paar 1.95	Reisebrosche, Metall, 1.50	3.50
		Reisebrosche, Metall, 1.50	7.50
		Dosen m. Glaseinf.	2.35 1.90 1.60

Reise-Decken 265.00 175.00 150.00 135.00

Warenhaus Gebr. Barasch

Jetzt wieder geöffnet!

Sorgers Gelegenheitskauf

3 Jakobstraße 3 3 Jakobstraße 3
 1517 Große Auswahl in
Herren-, Damen-, Knaben- und Kinder-
Anzügen sowie Hüsen u. Arbeiter-Konfektion
 zu besonders günstigen Preisen.

3 Jakob-
 Straße 3

Wer streichen will

kauft alle Lacke, Farben, Pinsel etc.
 immer noch preiswert und gut bei
Erwin Prange Erstes Spezialgeschäft für
 alle Lacke, Farben, Le me.
 Magdeburg, Berliner Straße 29, Eckladen. — Fernspr. 7222.

Prinz Haro

feiner gelber Virginia
 Zigaretten und Pfeifen

Shag-Zitabak

in 50-Stamm-Päckchen ein-
 wandfreie Ware

zum Klein-
 verkauf

hat vorteilhaft angeboteten

Wilhelm Hollmann

Bahnhofstr. 14. Fernspr. 4049



Einem großen Vorken
 e-mailleerte
Kochgeschirre
 gute Ware, noch preiswert in
 großer Auswahl empfehl.

Otto Janoschek, Große Sinterstraße 6a,
 gegenüber dem Artushof. 1621

Billige Stoffe!

am Ring-
 2780

Ampf-Hüte
 in umgehende Lieferung !!
 alte Hüte, 12

Gute Bettf. m. Matr. Regul.
 Kissen, Duelle-Übr mit Kette,
 Zuppoarme, Schmetterlingsf.
 Dämmel, Spiegelbrücke 4, 4 St. bett. Bettler, Annahr. 5, 2/63

Va. Weißkohl u. Karotten
 täglich frisch verkauft 2741
Klutenreiter, Bahnhof, Vor 7, Fernspr. 1801.

Müden-Blage
 Schutzmittel gegen Mücken
 und Stechfliegen

Hof-Apothete
 Breiteweg 158.

Uhren
 werden sauber und preis-
 wert repariert. 1623
Otto Müller, Uhrmacher,
 Alte Neustadt, Weiherg 48.

Araba-Honig-
Fliegenfänger
 100 Stück M. 39.00
 bei laufend abzugeben
Wilhelm Hollmann
 Bahnhofstr. 14 Tel. 4049

Blumentöpfe
 für Besetzungszwecke wieder preiswert lieferbar
Adolf Haensch, Gärtner, Neustadt, Nachtwalde 71.

Gummi-Ringe
 für
Konservengläser
 prima Qualität
Hugo Nehab
 Johannisberg-
 strasse 2

Billiges Angebot

für die Ferien.

Knaben-	Anzug, grau Leinen	58.50—48.50
	Anzug, modelfarbig, mit Matrosengarnitur	68.00—55.00
	Anzug, hell und dunkel gestreift	65.75—59.50
	Washblusen, hell und dunkel gestreift	49.00—41.50
	Bluse, gestreift, mit Matrosenkragen	47.50—45.00
	Bluse, grau	44.50—42.00
	Hose, blau Leinen	25.50—19.50
	Hose, blau Drell	32.50—26.00
	Hose, mit Leihen, blau Waschstoff	32.50—29.00
	Sweater, mit Klappkragen	42.00—32.00
	Hüte	3.50—1.45
	Hosenträger	2.95
	Sportgürtel	1.65
Mädchen-	Kleid, dunkelfarbig	39.50—32.50
	Kleid, weiß	32.00—24.50
	Ueberziehkleidchen, in weiß und farbige	27.50—22.00
	Hüte, garniert	20.00—8.50
	Matrosenhüte, in hell und dunkel	8.50—4.50
	Strümpfer	3.50—1.75

Außerdem: Kinderkragen und -garnituren, Kindertaschen, Kinder-
 gürtel, Kinderstöße, Kinderschuhen usw. in riesiger
 Auswahl zu äußerst vorteilhaften Preisen.

Rudolf Broetje

Jakobstraße, Ecke Peterstraße. 1542

Zweiggeschäfte: Buckau, Thiemstraße 1, Neustadt, Lübecker Straße 118.

Altbekleidungsstelle Jakobstraße 2/3

Schuhwaren aus flüchtigen Beständen.

Für die Ferien- und Reisezeit:

Derbe Kinderstiefel, Sandalen, Hauschuhe usw.

Gesamter Kauf vorzuziehen

Instand gesetzte **Wint.-Schaffstiefel, Drellhosen,**
Lazarethhosen, Unterhosen, Strümpfe, Arbeiter-
Anzüge, Kinder-Anzüge, einj. Soppen u. Hüsen,
Kriegsstiefel mit Holzsohle, Einleges., Ersatz- und
Unterabschoben zu ganz besonders billigen Preisen.

Verkaufzeit von 9 bis 5 Uhr. 21

Altbekleidungsstelle Jakobstraße 2/3

Schreibmaschinen-
 1573 Reparaturen

Verkauf — Miete — Ankauf
 aller Büro-Maschinen

Luwig Ross, Magdeburg
 Schwibbogen = Tel. 2071.

Uhren repariert unter
 Garantie [2463
O. Lehmann, Beaumontstr. 11.

Umzüge
 für alle Art
 Gebührensübernahme, ein- u.
 zweijährig, übernehm. fort. u.
Blau-Haller, Schönebergstr. 4
 Telefon 5259 und 2475.

Chander verlangen gegen
 75 Pf. in Brief-
 marken den 32stgigen un-
 entgeltl. Gebührensüber-
 weisung. Patentbureau
 Böhm, Halberstadt.

Altessen 1733
 kauft ständig zu höchsten Preisen
 C. Wendt, Fernerleben,
 Hertenstr. 24. Telefon 7335

Reine Obstmarmelade
M. Blumenthal & Comp., Konservenfabrik, Magdeh., Halberstädter Str. 12. Tel. 7374.
 mit Weißkandeln gefüllt, erstklassige
 vorzügliche Preisqualität.
 in 300 Gramm brutto f. netto 10 Pf. 40.
 40.00 M. und 23 Pfund 80.00 M.
 Wiederverkäufer erhält Rabatt

Telephonische und schriftliche Aufträge werden schnellstens und sorgfältig erledigt! 1536